

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 92 SONNTAG, 17. März 1935

Aus dem Inhalt:

Fall Höfeld — ein Justizmord!
Deutschland und Rußland
Steigende Rüstung —
gedrosselter Konsum
Geheimnisse der Zensur

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Wettrüsten — und was weiter?

Regierungssieg im Unterhaus — Die Problematik der Labourpolitik

Unter anderen Umständen, als erwartet worden war, wurde am 11. März im englischen Parlament die große Debatte über die nationale Verteidigung eröffnet. Als man diesen Termin festsetzte, nahm man an, daß der englische Außenminister dann von seinem Besuch in Berlin schon zurückgekehrt sein und über den Verlauf berichten würde. Inzwischen jedoch war das Weißbuch erschienen, das die englischen Rüstungen unverhohlen mit der materiellen und moralischen Aufrüstung des Dritten Reichs begründete. Hitler hatte seine diplomatische Krankheit im Halbe bekommen, und Sir John Simon war abbestellt worden. Die Arbeiterpartei und der oppositionelle Flügel der Liberalen nahmen das Weißbuch — besonders wegen seines Erscheinens unmittelbar vor dem angekündigten Besuch in Berlin — zum Anlaß, an der Außenpolitik der Regierung Baldwin-MacDonald heftige Kritik zu üben. Die Ankündigung neuer hoher Ausgaben für militärische Zwecke in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Erholung erst langsam einsetzt, rief starke Aufregung hervor. Die Arbeiterpartei beschloß, ein Tadelsvotum einzubringen und es von Major Attlee begründen zu lassen.

Nun hat die große Debatte am letzten Montag stattgefunden und einen Ausgang genommen, der bei der bekannten Kräfteverteilung im Hause nicht überraschen kann. Nachdem Major Attlee, Sir Stafford Cripps und — viel ruhiger auch der Liberale Herbert Samuel — die Regierungspolitik angegriffen, Baldwin, Austen Chamberlain, Sir John Simon sie verteidigt hatten, wurde die Tadelsresolution Attlee mit 424 gegen 79 Stimmen abgelehnt und mit 412 gegen 78 eine Billigungsresolution Chamberlain angenommen, die besagt:

„You den Verpflichtungen, die das Land gegenüber dem Völkerbund übernommen hat, und von dem Wunsch erfüllt, die Begrenzung der Rüstungen und eine internationale Vereinbarung zu sichern, erkennt das Haus an, daß dieses Ziel durch eine einseitige Aufrüstung nicht erreicht werden kann und billigt die Politik der Regierung seiner Majestät als gleichberahtend notwendig zur Verteidigung unseres Volkes wie zur Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen.“

Die Annahme dieser Resolution bedeutet, daß die Konservativen geschlossen zur Politik der Regierung stehen und daß sie jedes Maß von Rüstungen bewilligen werden, das die Regierung als Antwort auf die deutsche Aufrüstung für notwendig hält. Die Arbeiterpartei als Opposition bekämpft die Rüstungen und ihre Begründung durch das Weißbuch; sie hält an der These fest, daß durch eine bessere Außenpolitik die neuen Militärforderungen entbehrlich gemacht werden könnten. Aber gegen das Dritte Reich hat sich ihr Sprecher, Major Attlee, in der Unterhausdebatte unvergleichlich schärfer geäußert als der staatsmännisch zurückhaltende Baldwin. Wenn er das Hitlertum für den gefährlichsten Feind der Kultur erklärt hat, so war das vielleicht eine Antwort auf gewisse Anbiederungsversuche, die von der NSDAP der britischen Labour Party gegenüber in plumpester Art und Weise unternommen worden sind. Auf alle Fälle schließt eine solche Erklärung die Möglichkeit aus, daß Labour mit Bewußtsein eine Politik treiben könne, die den Interessen der braunen Despotie förderlich ist.

Es ist wahr, daß in der englischen Arbeiterpresse, und nicht nur in ihr, scharfe Kritik am Weißbuch geübt worden ist. Man hat das in Berlin so mißverstanden, als ob gewisse Teile der englischen Öffentlichkeit dadurch ihre Sympathie mit dem heutigen deutschen Regime und seiner Rüstungspolitik bezeugen wollte. Die englischen Kritiker werden sich aber wohl dessen bewußt gewesen sein, was ihnen passieren würde, wenn sie als Deutsche einer außenpolitischen Aktion der deutschen Regierung mit ähnlicher Schärfe entgegengetreten wären. Die reichsdeutsche Presse hat die englischen Pressestimmen gegen die englische Regierung mit Begisterung nachgedruckt. Es fehlte nur die Überschrift, die sich gewiß jeder nachdenkliche Leser dazu gedacht hat: „Was man sich in einem freien Lande alles gestatten kann!“ In Deutschland hält man jetzt die Freiheit der Kritik und nationale Geschlossenheit für unvereinbare Gegensätze. In England aber war bisher immer noch die Freiheit der Kritik die Voraussetzung dafür, daß sich die nationale Geschlossenheit von selber einstellte, wenn es wirklich ernst war.

Die Meinungsverschiedenheiten, deren offenen Austrag sich die Engländer heute noch leisten, sind der beste Beweis dafür, daß nach ihrer Meinung der letzte Ernst der Dinge noch nicht an sie herangetreten ist. Sie gestatten in keiner Weise die Mutmaßung, daß England in dem Augenblick, in dem es wirklich ernst wird, in zwei Lager verfallen und daß eines von ihnen sich für Deutschland entscheiden würde.

Die englische Arbeiterpartei bekämpft die materielle Rüstung gegen das Dritte Reich. Sie kann aber, ohne sich selber preiszugeben, auf die ideologische Todfeindschaft gegen die Despotie nicht verzichten. Es geht ihr ähnlich wie der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, die alle militärischen Forderungen der kaiserlichen Regierung bekämpfte, aber zugleich gegen die Tyrannei des Zarismus zu unversöhnlichem Haß aufrief. Von derselben Problematik ist heute die Politik der englischen Arbeiterpartei überschattet. Soll sie aus Liebe zum Frieden die Freiheit geringerschätzig behandeln, oder soll sie für die Freiheit eintreten, auch auf die Gefahr hin, daß ihre Friedenspolitik dadurch be-

einträchtigt wird? So steht das Problem heute, aber wenn der Frieden verloren ist, dann gibt es nur eines, wofür man kämpfen kann, die Freiheit.

Das soll man im Dritten Reich bedenken, dann wird man wissen, wie man mit England steht.

Nun will Sir John Simon, gestützt auf ein überwältigendes Vertrauensvotum seines Parlamentes, abwarten, bis Hitler etwas weniger heiser ist und sich dann zu ihm begeben. Die Verhandlungen werden nach diesem Vorspiel nicht angenehmer sein. Man braucht kein großer Prophet zu sein, um vorauszusehen, daß sie zu keinem Ziel führen werden. Deutschland hat wieder seine »Wehrhoheit«. Ob dieser Prestigeerfolg die innen- und außenpolitischen Opfer lohnt, die um seinetwillen gebracht wurden, muß die Zukunft lehren. Daß Hermann Göring sich als Fliegergeneral noch eine neue Uniform zugelegt hat, durfte die Welt kürzlich aus seinem stolzen Bekenntnis in der »Daily Mail« erfahren. Dem deutschen Volk werden die Augen übergehen, wenn ihm eines Tages die Schneiderrechnung präsentiert wird.

Verwaltungsbankrott — moralischer Bankrott

Der Skandal der Berliner Ortskrankenkasse — ein Symptom

Wir haben in Nr. 88 über den Riesenskandal in der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse berichtet. Der stellvertretende Berliner Nazi-Gauleiter Görntzer hat in einer Betriebsversammlung der Angestellten der OKK erklärt: »Wir haben eine saubere Verwaltung übernommen.«

Was haben sie daraus gemacht? Die Prüfung der Bücher hat einen Fehlbetrag von 15 Millionen Mark ergeben, der durch riesenhafte Korruption entstanden ist. Bisher sind 26 Beamte, voran die nationalsozialistischen Direktoren, im Zusammenhang mit dem Korruptionsskandal verhaftet worden.

Schlimmer noch ist, daß das gesamte Rechnungs- und Kontrollwesen der Kasse zerstört worden ist. Es beruht auf gewissenhaftester peinlich genauer Fortschreibungsarbeit. Da die unfähigen Naziangestellten seit vielen Monaten diese Arbeit vernachlässigt haben, ist überhaupt nicht zu übersehen, wie sie wieder in Ordnung kommen kann. Es ist eine Art von Verwaltungsbankrott. Dieser Bankrott bedeutet für viele Zehntausende Verlust von Anrechten, von geleisteten Beiträgen, von rechtmäßigen fälligen Forderungen, und — was das Niederträchtigste ist — es sind vor allem Kranke, die von diesem Verlust getroffen werden.

Das ist die Folge des braunen Systems! In gewissenlosester Weise hat die nationalsozialistische Propaganda viele Jahre hindurch alle sozialdemokratischen und öffentlichen Angestellten als Futterkrippeninhaber beschimpft. Sie hat bei ihren eigenen Anhängern den Glauben erzeugt, daß die vielen Tausende von Sozialdemokraten in der öffentlichen Verwaltung nur Gehaltsbezieher seien, die keine Arbeit leisteten und nichts könnten. Sie hat die

niedrigsten Instinkte des Neides und der Mißgunst benutzt, um eine Rebellion der Unfähigen gegen die Fähigen hervorzurufen. Das Heer der Schreier, der Neider, der Nichtskönner, das einen erheblichen Teil der braunen Gefolgschaft ausmacht, hat deshalb nach dem Anbruch des Dritten Reiches geglaubt, es könne sich einfach an die Stelle der hinausgeworfenen Sozialdemokraten setzen, es könne Gehalt beziehen, ohne dafür auf Kenntnissen, Fähigkeit und Gewissenhaftigkeit beruhende Arbeit zu leisten. Die Folgen treten nun im Berliner Ortskrankenkassenskandal zutage. Die SA-Leute, die an die Stelle der Hinausgeworfenen gesetzt worden sind und nun vom braunen System selbst wegen ihrer Unfähigkeit wieder hinausgereinigt werden müssen — das waren die echten Krippenjäger. Das braune System wird jetzt mit den Folgen seiner eigenen Propagandalügen bestraft. Es hat an die Stelle gewissenhafter Arbeiter gemeine Parasiten gesetzt. Die Folge ist ein Verwaltungsbankrott von riesigem Ausmaß.

»Wir haben eine saubere Verwaltung übernommen!« In diesem Wort liegt ein Verdammungsurteil gegen die braune Propaganda, eine schauerliche Ohrfeige für die Göbbels und Konsorten. Es liegt darin ein Zeugnis für die gesellschaftsaufbauende Arbeit der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Partei hat nicht nur gekämpft, sie hat vielmehr wahre Kulturarbeit geleistet. Sie konnte große Selbstverwaltungen aufbauen, sie konnte der Verwaltung von unten auf neue Kräfte zuführen, weil ihre Angehörigen getragen wurden von wirklicher Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft, von ernster Arbeit und Pflichtauffassung. Manche haben an der Sozialdemokratie den äußeren

Glanz und die große Geste vermißt — aber ihre wahre Größe bestand in dieser Gesinnung und in der Charakterfestigkeit ihrer Anhänger. Anders die nationalsozialistische Partei, die mit Lüge, Gemeinheit und Gesinnungslosigkeit eine charakterlose plebejische Masse in Bewegung gesetzt hat. Ein trüber Strom aus dieser Masse ist in die Selbstverwaltungen eingedrungen und das Ergebnis ist Zerstörung, der Tod der Selbstverwaltung! Die Korruption schreit gen Himmel. Niemals hat es in Deutschland so viel Unterschlagung von öffentlichen Geldern, von Wohlfahrtsmitteln gegeben wie unter dem braunen System. Die braune Praxis ist der Prüfstein für die haßerfüllte braune Propaganda gegen die Sozialdemokratie. Heute richten sich die Blicke der Sehenden auf die Zeit, in der Sozialdemokraten Träger öffentlicher Verwaltungen waren. Sie sehen darin die Zeit wahren Dienstes an der Allgemeinheit, wahrer Pflichterfüllung, der Sachkenntnis und der Treue, während heute Zersetzung, Zerstörung, gemeiner Egoismus und Charakterlosigkeit am Ruder sind.

Es ist nicht nur ein Verwaltungsbankrott, es ist ein moralischer Bankrott von größtem Ausmaß!

Merkt es Euch!

»Die Detonation erschüttert, die Farbenpracht überwältigt... Was mögen die Leute jenseits der Grenze gedacht haben? Bis Metz hinaus sind die Schläge wohl zu hören. Sie sollen es sich merken, aus dieser Schrift am nächtlichen Himmel: da ist Deutschland, das Reich Adolf Hitlers... Es ist schlimmer als ein Trommelfeuer!«

(Aus dem Bericht des offiziellen Deutschen Nachrichtenbüros über ein Riesentrommelfeuer im Saargebiet.)

Ein Mann gegen das System

Gerhart Segers Wirken in Amerika.

Der frühere deutsche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Gerhart Seger-Dessau, der durch seine Flucht aus dem Konzentrationslager Oranienburg und durch seine in sieben Sprachen übersetzte, in einer Auflage von 250.000 Exemplaren verbreitete Schrift über dieses Nazi-Konzentrationslager bekannt geworden ist, befindet sich gegenwärtig auf einer außerordentlich erfolgreichen Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika. In dreieinhalb Monaten — der ersten Hälfte seiner auf sieben Monate berechneten Vortragsreise — hielt Seger 76 Vorträge in 20 Städten; darunter 18 Vorträge in New York, 17 Vorträge in Los Angeles, 7 in San Francisco, 6 in Chicago. Fünf dieser Vorträge wurden durch den Rundfunk übertragen; darunter ein Vortrag in New York, von der Foreign Policy Association veranstaltet durch die National Broadcast Company, den all-amerikanischen, über die ganzen Staaten gehenden Sender, und ein anderer Vortrag vor dem Commonwealth Club in San Francisco über die ganze pazifische Küste. Mit etwa einem Drittel der an die beteiligten Rundfunksender angeschlossenen Hörer rechnend, haben diese Vorträge insgesamt 3.760.800 Zuhörer unmittelbar erreicht. Wesentlich größer noch war die indirekte Zuhörerschaft: Seger hatte mit den Vertretern von 81 amerikanischen Zeitungen ausgedehnte, in voller Ausführlichkeit veröffentlichte Interviews, die 20.250.000 Leser erreichten. An der Vorbereitung der Vorträge waren Organisationen aller Art beteiligt, und Persönlichkeiten des amerikanischen Lebens aller Kreise gehörten den veranstaltenden Komitees an, katholische und episkopale Bischöfe, Geistliche aller Kirchen, Professoren vieler amerikanischer Universitäten, deutsch-amerikanische Vereine und Persönlichkeiten, Gewerkschaften, politische und kulturelle Organisationen aller Art.

An einigen Orten versuchten die Nazis die Vorträge zu stören, aber vergeblich, sie wurden durch die amerikanische Polizei nachdrücklich über den Unterschied zwischen Nazi-Deutschland und Amerika als einem Lande der politischen und Redefreiheit belehrt.

Im weiteren Verlaufe seiner Vortragsreise spricht Seger vor 38 großen Versammlungen der American Federation of Labour, dem amerikanischen Gewerkschaftsbunde, dann in zehn großen Städten der Südstaaten, es folgt darauf eine zweite Vortragsreise entlang der pazifischen Küste mit zahlreichen Veranstaltungen in kalifornischen Städten, und die Reise findet ihren Abschluß in einem längeren Aufenthalt mit mehreren Vorträgen in der Hauptstadt Washington.

Der bisherige Verlauf der Reise, die Zahl der Zuhörer — viele Vorträge mußten wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden — und das Echo in der öffentlichen Meinung zeigen, daß die amerikanische Bevölkerung die Barbarei der Nazis entschieden verurteilt.

Zierde der Beamenschaft

Aus Aachen wird gemeldet:

Vor der Großen Strafkammer wurde gegen den dreißigjährigen kommunistischen Bürgermeister von Merzenich bei Düren, Adolf F., verhandelt, dem die Anklage Körperverletzung im Amte, Freiheitsberaubung und Beleidigung vorwarf. F. hatte, wie die Anklage sagt, bei der Merzenicher Kirmees des letzten Jahres den Cl., der ihn angeblich vorher gereizt hatte, mit zum Bürgermeisteramt genommen, ihn mit Ohrfeigen traktiert und dann in die Arrestzelle gesperrt. Das Gericht verurteilte den Bürgermeister zu einer Geldstrafe von insgesamt 450 Mark, ersatzweise 45 Tage Gefängnis. Das Gericht sah F. vollkommen als überführt an. Der Vorsitzende rügte die Verteidigungstaktik des Angeklagten, der einfach alles abstreite und sich dadurch dem Gericht gegenüber viele Sympathien verschert habe.

Von Amts wegen Mißhandlungen begehen, Wehrlose ohne Recht und Urteil in die Zelle sperren — und vor Gericht feige leugnen. Ein brauner Musterbeamter! Es wundert uns nicht, daß in dem Bericht kein Wort von einer Amtsenthebung des Kerls zu lesen ist. Er dürfte sich also noch auf seinem Posten befinden — genau wie der Frankfurter Streicher, der sich öffentlich rühmt, einen Gefangenen in der Zelle mit der Reitpfeife blutig geschlagen zu haben!

Ihr Trost

»Wenn ein Jude etwas geleistet hat — sei es in der Kunst, in der Medizin oder auf sonst einem Gebiet — so brauchen wir uns darüber nicht den Kopf zu zerbrechen. Denn da hat er es tatsächlich einem Arier gestohlen.«

(Aus einer Nazizeitschrift.)

Einheitsfront-Dämmerung in Frankreich

V. Sch., Paris, im März.

Wer die Flitterwochen der sozialistisch-kommunistischen Einheitsfront im Sommer vorigen Jahres hier erlebte, der konnte wirklich meinen, eine neue Aera in der europäischen Arbeiterbewegung wäre angebrochen. Ich selber habe diese Hoffnung geteilt. Freilich war die Wandlung in der Tonart der Kommunisten so vollständig und so plötzlich eingetreten, daß man diesem Wunder allzu deutlich den »Befehl von oben« anmerkte. Aber die Begeisterung in den Massen, auch bei den kommunistischen, war so offensichtlich aufrichtig, daß man sich sagen konnte: Hier gibt es kein Zurück, auch wenn die Führer plötzlich infolge eines neuen und entgegengesetzten »Befehles von oben« ein donnerndes »Raus aus den Kartoffeln!« schmettern sollten.

Ein solcher brutaler Gegenbefehl ist auch bisher nicht erfolgt; und dennoch wird es immer klarer, daß die Zeit der Flitterwochen endgültig vorbei ist, die man in freier Liebe verbracht hat. Als dieser Bund durch eine reguläre Ehe besiegelt werden sollte, stellte sich doch in der Aussprache darüber sehr bald heraus, daß die beiden Partner in manchen Grundfragen sehr verschiedene Lebensauffassungen haben. Noch trifft man sich regelmäßig, aber man beginnt schon, sich öffentlich zu zanken und der Argwohn wächst auf beiden Seiten...

Im Hochsommer vergangenen Jahres meinten manche sozialistische Führer ebenso stürmisch wie gutgläubig, die organisatorische Vereinigung sei nur noch eine Frage von Wochen, höchstens von Monaten; es gebe zwar noch einige Schwierigkeiten bei den Gewerkschaften zu überwinden, doch würden die kommunistischen Gewerkschaftsverbände im Interesse der politischen Einigung ihre Selbstauflösung beschließen und dann sei das letzte Hindernis beseitigt.

Aber gerade diese »roten« Gewerkschaften zeigten, daß es ihnen viel mehr darauf ankam, durch geschicktes Manövrieren Zwietracht in die Reihen des alten Verbandes zu säen. Dieser setzte sich zur Wehr. Langwierige Verhandlungen zwischen den Spitzen der beiden Gewerkschaftsorganisationen sind kürzlich negativ, wenn auch nicht mit endgültigem Bruch, ausgelaufen.

Darüber entstanden nun »Schuldfrage«-Diskussionen. Und wenn auch viele Sozialisten mit der lauwarmen, vorsichtigen, argwöhnischen Haltung der CGT-Führer wenig einverstanden waren, so würden sie doch keinesfalls dem noch recht unsiche-

ren Bund mit den Kommunisten zuliebe einen dicken Trennungsstrich gegenüber den Gewerkschaften ziehen, die letzten Endes doch die stärkste reale Macht in der französischen Arbeiterklasse, besonders in der Provinz, darstellen.

Als kürzlich nun auf einer gemeinsamen antifaschistischen Kundgebung in Paris ein kommunistischer Redner Angriffe auf Jouhaux und die anderen CGT-Führer richtete, trat ihm Léon Blum gereizt entgegen, indem er feststellte, daß dies nicht der Zweck der Versammlung sei, noch der geeignete Ort zur Diskussion dieser Fragen. Derartige Zwischenfälle haben sich indessen, wie man von zahlreichen Delegierten auf der Landeskonferenz der Sozialistischen Partei am 3. März erfuhr, in letzter Zeit an vielen Orten ereignet. Ueberhaupt konnte man eine sehr starke Ernüchterung und Verärgerung bei vielen sozialistischen Funktionären feststellen. Sie klagten darüber, daß die Werbung für die eigene Partei aufgehört hätte, weil eben viele Genossen meinten, bald käme ja sowieso eine neue Partei zustande, indes die kommunistischen Redner, auch wenn sie die sozialistische Politik nicht direkt angriffen (was übrigens selbst auf gemeinsamen Versammlungen häufig genug geschähe), umso kräftiger die Werbetrümpel für ihre Partei und für ihre bolschewistischen Ideen rührten.

Das ist aber nicht einmal das Entscheidende: wichtiger erscheint, daß die kommunistischen Führer selber zu erkennen geben, daß sie die organisatorische Einigung gar nicht wollen, sondern die Einheitsfront lediglich als ein Mittel ansehen, »den sozialdemokratischen Einfluß auf die Massen zugunsten des kommunistischen zu zerstören«. So stand es in Aufsätzen hochoffiziösen Charakters zu lesen, die sowohl in der internationalen, wie dann auch in der französischen Zeitschrift der kommunistischen Partei kürzlich erschienen sind. Solche Offenherzigkeiten haben natürlich den Widerstand gegen die Einheitsfront, der sich vor einem halben Jahre nur auf eine kleine Minderheit um Frossard und Grumbach beschränkte, ungeheuer gestärkt. Ein neues Angebot der kommunistischen Führung aus Anlaß der Landeskonferenz hat diesen ungünstigen Eindruck nur vertieft: denn es ging dahin, für die Erörterung der organisatorischen Verschmelzungsmöglichkeiten das kommunistische Parteiprogramm als Grundlage zu nehmen und eine internationale Einigungskonferenz durch die beiden französischen Parteien einberufen zu lassen. Der Zweck des Manövers ist eindeutig: man

will die französische sozialistische Partei von der Sozialistischen Internationale lösen und sie innerlich spalten.

Die Landeskonferenz hat die Beantwortung dieses Angebotes dem Parteivorstand übertragen. Die Sozialisten erkennen, daß man ihnen die Schuld an dem Bruch zuschieben will, der über kurz oder lang offen zutage treten wird. Außerdem ist man bestrebt, den einzigen politischen Nutzen, den das Experiment überhaupt einbringen kann, nicht verscherzen: im Mai finden in ganz Frankreich wichtige Gemeindevahlen statt, und wenn bis dahin die Kommunisten wieder bei ihrer mörderischen und selbstmörderischen Taktik der letzten 15 Jahre zurückkehren und ihre aussichtslosen Kandidaturen auch im Stichwagang aufrechterhalten, dann hat allein die faschistische Reaktion den Nutzen davon.

Auf dem linken Flügel der Partei sind vor allem die Führer der Pariser Bezirksorganisation Marceau Pivert und Zyromski von dem Segen der Einheitsfront so überzeugt, daß sie bereit sind, das kommunistische Angebot anzunehmen und anscheinend alle Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Ideologie ihrer Aufsätze und Reden ist bereits — das darf man wohl rein sachlich und ohne jede polemische Absicht feststellen — durchaus kommunistisch: sie glauben nicht mehr an die parlamentarische Demokratie, noch an die Legalität, und ziehen auf ihre Art die Lehren aus den Ereignissen in Deutschland, Oesterreich und Spanien.

Kommt es zum Bruch mit den Kommunisten, wie es nun nach der jüngsten Entwicklung den Anschein hat, so muß damit gerechnet werden, daß zumindest ein Teil des linken Flügels der Sozialisten, vor allem in der Hauptstadt, die Einigung mit den Kommunisten höher stellt als die Treue zur eigenen Partei.

Die Episode der Einheitsfront hat, so meinen manche zum Trost, wenigstens den geschichtlichen Nutzen gehabt, den faschistischen Ansturm im Jahre 1934 zu brechen. Andere werden vielleicht entgegen, daß dieser Ansturm bereits längst abgeschlagen war, ehe sich die Kommunisten im Juni plötzlich bereit erklärten, die Einheitsfront zu bilden und daß die Einheitsfront umgekehrt für die Faschisten als ein starkes Propagandaargument eher willkommen war, während sie Verwirrung unter den Kräften der Demokratie stiftete. Aber, wie dem auch sei, wenn das Ende vom Lied eine Abspaltung bei den Sozialisten sein sollte, dann hätte für die Kommunisten die Uebung ihren Zweck erreicht.

Deutsch-russischer Pressekrieg

Die amerikanische Hearstpresse, die nach dem vorjährigen Besuch Hearsts in Deutschland sich in den Dienst des deutschen Propagandaministeriums gestellt hat, veröffentlicht einen Artikel des Chefredakteurs des »Völkischen Beobachters«, Alfred Rosenberg, in dem dieser die Haltung Deutschlands zu den englisch-französischen Abmachungen und zu den in Gang befindlichen europäischen Paktverhandlungen darzulegen sucht.

Rosenberg beruft sich auf die Erklärung Hitlers, daß Deutschland nach der Rückgabe des Saargebietes keinerlei Gebietsforderungen mehr an Frankreich stellen würde. Deutschland habe nicht die Absicht, deutsches Blut zu vergießen, um seine an Frankreich gefallenen früheren Gebietsstelle zurückzugewinnen. Wie könne deshalb dasselbe Deutschland die Verpflichtung übernehmen, möglicherweise deutsches Blut zu vergießen, um die politische und militärische Lage in Osteuropa aufrecht zu erhalten, die nur indirekt Deutschland berühre? Diesen plötzlichen Pazifismus des Hitlerregimes begründet Rosenberg mit folgenden Ausführungen:

»Aus der Tatsache, daß Frankreich Verträge über den Fernen Osten mit der Sowjetunion abgeschlossen hat, folgt keineswegs, daß Deutschland sie für sich als obligatorisch betrachten könne. Es kann nicht blind das französisch-russische Kontrollsystem übernehmen, und sich möglicherweise durch die Verpflichtung binden, deutsche Soldaten zum Schutz der Sowjetgrenze nach Sibirien zu entsenden.«

Gegen diese hanebüchernen Behauptungen des inoffiziellen Leiters der deutschen Außenpolitik wendet sich in der Nummer vom 3. März der Chefredakteur der Moskauer »Iswestija«, Bucharin, mit einem scharfen Protest. Er erklärt, daß Rosenberg für seine Be-

hauptungen wohl »den ersten Preis bei einem Wettbewerb der erstklassigen politischen Betrügere« erlangen könne. Erstens wisse die ganze Welt, daß der Ostpakt ein Regionalpakt sei, der sich lediglich auf die europäische Westgrenze der Sowjetunion beziehe, und die asiatischen Grenzen unberührt lasse. Zweitens gäbe es überhaupt keine russisch-französischen Abmachungen über den Fernen Osten. Drittens sei ein Fall, wo deutsche Soldaten zur Verteidigung Sibiriens entsandt werden müßten, aus den beiden oben angeführten Gründen überhaupt undenkbar. Was Rosenberg vorbringe, sei nichts weiter als Lug und Trug, dazu bestimmt, die aggressive Kriegspolitik Deutschlands zu verhüllen.

Bucharin erinnert daran, daß der plötzliche Pazifismus Rosenbergs in einem merkwürdigen Widerspruch stehe zu den Artikeln über die politischen Kräfte im Osten, die das Organ Rosenbergs Mitte Februar veröffentlichte, um Polen zum Ueberfall auf die Sowjetunion zu animieren. Er stehe auch im Widerspruch zu dem von Hitler in »Mein Kampf« proklamierten Kriegsziel im Osten, auf das der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Molotow, in seiner großen Rede am 28. Januar auf dem Allrussischen Sowjetkongreß hingewiesen hat. Molotow hatte klipp und klar die Frage gestellt, ob die darin enthaltene Formulierung Hitlers heute noch Geltung habe:

»Wenn wir heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken. Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen.«

Auf diese direkte Frage — bemerkt Bucharin, — sei bisher keine Antwort

erfolgt. Die faschistischen Führer stellten sich taub und stumm. Aber solange die Kriegshetzer schweigen, würde man ihnen die Anfrage Molotows systematisch ins Gedächtnis rufen.

Die hier wiedergegebene Kontroverse zwischen Rosenberg und Bucharin ist von hoher politischer Bedeutung. Sie rückt die Frage des Ostpaktes, die von deutscher Seite durch Lügen, Fälschungen und Verdrehungen verdunkelt wird, in den Vordergrund des Interesses und unterstreicht durch ihren Hinweis auf die kriegshetzerische Politik Deutschlands gegenüber Polen erneut die fundamentale Tatsache, daß der Friede unteilbar ist. Die Hitlerdiplomatie will sich — das illustriert auch der neue Vorstoß Rosenbergs mit aller Deutlichkeit — unter pazifistischen Vorwänden der Verpflichtung entziehen, den Ostpakt zu unterschreiben, um für ihre Raubpolitik im Osten und Südosten Europas freie Hand zu behalten. Diese Politik wird von den Ostmächten klar erkannt. Schon haben, zum großen Mißvergnügen der Wilhelmstraße, die Gesandten der drei baltischen Staaten, Lettland, Estland und Litauen, in Paris die Erklärung abgegeben, daß ihre Länder endgültig dem Ostpakt zustimmen. Die kürzliche Reise des polnischen Generalstabschefs Gonsiorowski nach dem Baltikum, die dem Zwecke diene, die baltischen Staaten in ihrer Haltung umzustimmen, ist demnach ergebnislos geblieben. Auch bei dem bevorstehenden Besuch Lord Edens in Moskau und Warschau, der vom britischen Kabinett, unabhängig von der Reise John Simons nach Berlin, beschlossen worden ist, wird die Frage des Ostpaktes naturgemäß den Hauptgegenstand der Verhandlungen bilden. Von ihrem Ausgang hängt in hohem Maße das Endergebnis der jetzt in Angriff genommenen europäischen Verhandlungen ab.

Es darf nicht berichtet werden . . .

Neue Instruktionen für die Presse aus dem Reichspropaganda-Ministerium, letzte Februarwoche.

„Es ist zutreffend, daß der polnische Spion von Sosnowski gegen drei in Polen verhaftete deutsche Spione ausgetauscht worden ist. Berichterstattung darüber absolut unerwünscht; erwünscht ist, ganze Affäre nicht weiter zu behandeln.“

„Es darf unter keinen Umständen, auch nicht andeutungsweise, über das neue Gesetz zur alljährlich regelmäßigen Beurlaubung von Angestellten und Arbeiter zu leichtathletischen Übungen berichtet werden. Auch nicht Einzelheiten dürfen bekanntgegeben werden. Die in Frage kommenden Richtlinien werden den Betriebsführungen direkt zugestellt.“

„Gegenüber wiederholten Disziplinosigkeiten verschiedener Zeitungen ist erneut in Erinnerung zu bringen: Es ist nicht Sache der deutschen Presse, oppositionelle und miesmacherische Wühlereien durch Berichterstattung über kleine und an sich unbedeutende Vorgänge noch zu fördern. Falls noch einmal Berichterstattung über Versammlungen, wie kürzlich der Berliner Kohlenhändler, bei der der amtliche Redner am Sprechen verhindert wurde und ebenso verlaufener Sitzungen der Gastwirtervereinigung und einiger Unterorganisationen des Baugewerbeverbandes, erfolgen sollte, wird mit nachdrücklichster Energie eingeschritten werden. Jede derartige Berichterstattung ist unzulässig.“

„Ueber einen Aufenthalt der Gattin Wilhelm II., Hermine, in Deutschland zwecks verwaltungstechnischer Angelegenheiten ist Berichterstattung unerwünscht.“

„Die Kinder des französischen Botschafters Francois-Poncet haben ihren diesmaligen Winteraufenthalt im schlesischen Kurort Oberschreiberhau in dem einzigen dortigen jüdischen Hotel verbracht. Es wird dringend gebeten, an diese Tatsache keine unfreundlichen Betrachtungen zu knüpfen, bzw. sie überhaupt nicht zu erwähnen. Ebenso ist selbstverständlich die Beschwerde der arischen Hotels in Oberschreiberhau über diesen Vorgang nicht zu veröffentlichen.“

„Der Leiter des Ausbildungsamtes der SA, Obergruppenführer Krüger, ist zur SS zurückversetzt worden. Es darf in diesem Zusammenhang nicht darüber berichtet werden, daß das Ausbildungsamt der SA aufgelöst worden ist.“

„Zu neuerdings auftauchenden Gerüchten, daß die Schaffung einer Exportmark mit einem Werte von 50 Prozent der Reichsmark zwecks Hebung der Exportmöglichkeiten geplant ist, nicht Stellung nehmen, sie auch nicht verzeichnen. Weitere Mitteilungen werden zur gegebenen Zeit ergehen.“

„Die Winterhilfe wird in einigen Tagen an die zuständigen Organisationen Fragebogen versenden, in welcher Höhe und an welche Stellen die Angehörigen dieser Organisationen ihre freiwilligen Winterhilfsleistungen abgeführt haben. Es ist unerwünscht, daß darüber berichtet wird.“

„Es ist verboten, darüber zu berichten, daß und welche chemischen Zusätze bei der Brotgetreideverarbeitung angeordnet worden sind.“

„Gegen den abwesenden Industriellen Otto Wolf wird demnächst eine etwas länger zurückliegende Anklage zur staatsanwaltlichen Erhebung erlangen. Es ist dringend erwünscht, da-

Blick in die Woche

Der Preußische Ministerpräsident Göring hat innerhalb zwei Jahren mehr Todesurteile vollstrecken lassen als je ein Regent Preußens vor ihm in einem Menschenalter. Er bekennt sich zu seinem Scharfrichtertum und hält die Guillotine für eine moralische Einrichtung, das Handbeil für ein Instrument der Volkserziehung. Die Abschreckung, so behauptete Göring wiederholt in öffentlicher Rede, zeige sich wirksam. Es gäbe kaum noch Raubmorde in Preußen. Statistisch belegt wurde die Kunde nicht. In die Statistik würden auch keinesfalls die Morde und Räubereien, die von den braunen und schwarzen Milizen verübt worden sind, aufgenommen werden. Görings Scharfrichterpädagogik wird inzwischen durch grauenhafte Tatsachen widerlegt. In einer einzigen Ausgabe der Frankfurter Zeitung vom 5. März werden registriert: ein Doppelmord an einem alten katholischen Priester und seiner Schwester in Geistingen a. d. Sieg, der bestialische Mord eines Feldhüters in Söllingen an zwei Schulmädchen, die er ersäufte wie junge Katzen, und der Mordprozeß Höfeld, Eltern, die ihr vierzehnjähriges Kind in den Tod schickten. Nirgends wird angemerkt, daß hier Untaten marxistischer Untermenschen vorgelegt hätten.

Nichts spricht dafür, daß Göring und seine Scharfrichter auf andere verbrecherische Naturen abschreckend wirken. Nur abstoßend auf moralisch gesunde Menschen. Gerade auch deshalb, weil diese Görings jedes Ding benutzen, daß sie vor der Welt ihrer Art erhöhen könnte. Auch den Hacklotz des Blutrichters. Propaganda überall und über alles. „Seht, was zur Erneuerung und zur Vermittlung Deutschlands leisten!“ In Wahrheit sind ihre Worte Phrase und Lüge, wo immer man sie nachprüft.

Görings und seiner Kumpane Terrorregiment reicht gewiß hin, um die Kriminaljustiz und die Kriminalwissenschaft in Preußen einzuschleichen und zu korrumpieren, aber die Herren Mörder sind leider nicht, so leicht umzuformen wie Landgerichtsräte und Unversitätsprofessoren. Die soziale Bestie triumphiert oben und unten, und die Kultur wird geschändet und zerrissen. So war es und so ist es, wenn das Schafott regiert.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr von Lüninck ist zurückgetreten. Nicht freiwillig, denn der ehrgeizige Streber hing an seinem Amte. Er glaubte, es sich wohl verdient zu haben, denn er war einer der gefälligsten und verlogenen Hetzer gegen den Marxismus. Von jeher. Lange, ehe Hitlers Stern über Deutschland strahlte. Seine Stänkerereien — ein andres

rüber nichts zu berichten, solange der Industrie im Auslande in deutschem Interesse tätig ist.“

„Die Villa auf dem Terrain des alten preußischen Landtages, die jetzt von Ministerpräsident Göring bewohnt wird, wird gegenwärtig gewissen Umbauarbeiten unterzogen, die mit Rücksicht auf die allgemeinen Luftschutzanordnungen notwendig geworden sind. Die Schrittleitungen werden gebeten, darüber nichts zu berichten.“

„Ueber eine Verfügung des Staatskommissars von Berlin, Dr. Lippert, wonach die Berechtigung von Vermietung von Stühlen auf städtischen Plätzen, Parks usw. von dem Nachweis des Ariertums abhängig ist, soll vorläufig nicht berichtet werden, da diese Verordnung voraussichtlich in etwas abgeänderter Fassung wiederholt werden wird.“

„Ueber die Vorverlegung der Reifeprüfungen an verschiedenen höheren Schulen darf nicht berichtet werden, da es sich um gewisse Dienstleistungen der Schüler handelt, die im vaterländischen Interesse liegen.“

„Ueber die Verhaftung des Hauptabteilungsleiters Moitz vom Reichsernährungsministeriums wegen Verdachtes des Vergehens gegen § 175 St.G.B. ist Berichterstattung unerwünscht. Ebenso über die aus gleichen Gründen erfolgte Festnahme

Wort ist nicht am Platze — gegen den Preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun wiederholten sich immer wieder. Endlich hatte er es mit geschafft: verfassungswidrige Beseitigung der republikanischen Regierungsmänner, Papens kurzer Triumph und Hitlers Erhöhung. Dank an Lüninck durch die Verleihung der Oberpräsidentenwürde.

Warum mußte der katholische Junker gehen? Der »Westdeutsche Beobachter« in Köln plaudert es arglos aus: weil einer der vier rheinischen Gauleiter der NSDAP den höchsten Posten der Provinz erhalten mußte. Die Pp. Simon-Koblenz, Grohé-Köln, Florian-Düsseldorf und Terboven-Essen setzen sich zusammen und knobelten richtig aus, wer von ihnen die Rang- und Gehaltserhöhung zu beanspruchen habe. Nur die vier Gauleiter kamen in Betracht. Sonst niemand in Rheinpreußen. Das stand für die vier Großen von vornherein fest. Aber einigen konnten sie sich nicht. Also kam man auf den Ausweg, den »dienstältesten Gauleiter« vorzuschlagen, den Pp. Terboven aus Essen. Den ernannte nun Göring, und mit Recht, denn dieser »dienstälteste Gauleiter« von etwa 30 Lebensjahren hat ein unvergängliches Verdienst. Er hat just am 29. Juli 1934 unter fürstlichem Pomp Hochzeit gemacht und gab so den guten Kameraden Röhms und Heines, den braven Männern Hitler und Göring, Gelegenheit, sich als Trauzeugen auf die Bluthochzeit des 30. Juni vorzubereiten.

Freiherr von Lüninck und andere Haßprediger von einst gegen den Marxismus sind seit langem still geworden. Einer nach dem andern fliegt aus dem Amte, um irgendwelchen Pp. Terboven Platz zu machen. Wenn die Lünincks ihre Entlassung aus der Zeitung erfahren und die Art, wie ihre Nachfolger ernannt werden, regt sich in ihren feudalen Hohlköpfen vielleicht die Frage: »Und darum sind wir ausgezogen, um »Parteioboznen« und »Parteiuchbeamte« zu bekämpfen?«

Im Saargebiet welken die Girlanden an den Häusern und die Hoffnungen in den Herzen. Die 300.000 Menschen, die man nach amtlichen deutschen Schätzungen zum 1. März an die Saar transportiert hat, um nachzuheilen, wenn die Begeisterung der Eingeborenen etwa nicht genügt haben würde, sind wieder abgedampft. Zurückgeblieben sind die Teuerung und die Zweifel, ob die vielen Versprechungen gehalten werden.

Daß als erste Gunst ein neues Theater gebaut werden soll, will den Saarländern nicht recht in den Kopf, den sie haben größere und dringendere Sorgen. Zum stellvertretenden Regierungschef, das heißt zum eigentlichen

Präsidenten neben dem mehr repräsentativen Gauleiter Bürckel wurde der bisherige hessische Staatsminister Jung ernannt. Ein ganz übler und roher Antisemit und Freund von Konzentrationslagern. Was Wunder, daß die jüdische Emigration aus dem Saargebiet, die nun schon hunderte Familien in die Fremde brachte, anhält. Der Polizeipräsident von Saarbrücken wurde trotz heftiger Gleichschaltungsiebe beurlaubt. Seine jüdische Gattin wird ihm nicht verziehen. Der Oberbürgermeister Dr. Neikes, Hauptbannenträger der »Deutschen Front« hat einen Pp. Kreisleiter Dürrfeld als Kommissar auf die Nase gesetzt bekommen. Die »Deutsche Front« wurde aufgelöst, und die volle Parteidiktatur der NSDAP, wurde aufgerichtet. Eine Reihe von Zeitungen schicken sich zum Sterben an. Herr Röchlinge und andre sind bei der Würdenverteilung leer ausgegangen. Sie sind noch von vor zehn Jahren her umgeben vom Ludergeruch Stresemannscher Verständigungspolitik. Im Gewerkschaftshause aber hat sich die Gestapo niedergelassen, und das Heim der Arbeiterwohlfahrt mit Original-Wandmalereien von Käthe Kollwitz, die demnächst wohl irgend wer mit Hakenkreuzen überdecken wird, ist als Funkhaus ausersehen.

Da wird nun bald ein neuer Saarbrücker Sender seine Wahrheitsstrahlen durch den Aether funkeln. Das tut not, denn schon schwirren die »Gerüchte« durch die Saargegend, deren Bewohner nach dem Erwachen aus den Festträuschen zu merken beginnen, daß ein eiserner Vorhang zwischen ihnen und der Welt niedergelassen ist. Man erfährt plötzlich nichts mehr. Nicht einmal mehr aus dem nächsten Ort. Sehr oft nicht einmal mehr vom guten Nachbarn, und nur flüsternd raunt man sich zu, daß da und dort Leute im Saargebiet verschwunden sind. Nicht in die Emigration, denn die Grenzen sind jetzt viel fester geschlossen als die Reihen der SA, sondern einfach verschwunden im weiten deutschen Vaterland, und die Gestapo hat soviel mit den Gewerkschaftsakten in Saarbrücken zu tun, daß sie sich nicht um jede Kleinigkeit kümmern kann. Lothringische Zeitungen berichten, daß auch französisch naturalisierte Saarländer, die zu letzten geschäftlichen Abwicklungen ins Saargebiet fuhren, nicht heimgekehrt sind. Aber was braucht man sich da zu wundern? Die Naturalisation ist ihnen eben leid geworden, und sie sind reumütig zu Hitler heimgekehrt. Alles andere sind Greuelmärchen!

Hannes Wink.

des preußischen Polizeigenerals von Zeppelin.“

„Gerüchte über eine angebliche Absicht des Führers, innerhalb des Reichskabinetts ein aus dem Führer, General Göring und Schacht bestehendes Direktorium zu bilden, sind auch nicht in Form eines Dementis zu verzeichnen. Ebenso Kombinationen über angeblich bevorstehende Ernennung des Herrn von Ribbentrop zum Reichsaußenminister und des gegenwärtigen Reichsaußenministers von Neurath zum Botschafter in London nicht veröffentlichen!“

„Es ist dringend unerwünscht, sich mit der Tatsache zu belassen, daß der leitende Beamte der Devisenbewirtschaftungsstelle, Wohltat, Nichtarier ist, da er sich im Dienste der Nation seit langen Jahren bewährt hat und seine Mitarbeit von dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht außerordentlich geschätzt wird.“

„Unzulässig ist die Veröffentlichung von Gerüchten, wonach nahe persönliche Beziehungen zwischen Reichswehrminister v. Blomberg und der jetzt hingerichteten Spionin von Berg früher einmal bestanden hätten.“

„Ueber finanzielle Unregelmäßigkeiten, die bei der Führung der Deutschen Arbeitsfront aufgedeckt worden sind, darf nicht berichtet werden. Der Schaden ist übrigens durch Veräußerung zweier Druckmaschinen aus früher marxistischen Zeitungsbetrieben bereits gedeckt.“

Ehrung Friedrich Eberts

Am 28. Februar, am Todestag von Fritz Ebert, wurde von unsern Illegalen eine große Kranzspende mit roten Nelken auf dem Grabe Fritz Eberts auf dem Bergfriedhof in Heidelberg niedergelegt. Das Grab war geschmückt mit zwei weiteren Kränzen aus unbekannter Hand und sechs kleineren Straußen. Der eine Kranz trug eine Schleife mit den Worten »Mit treuem Gedenken.«

Verhaftungswelle in der Sowjetunion

Die Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (in Paris) hat aus der Sowjetunion eine vom 28. Februar datierte Mitteilung erhalten, daß in ganz Sowjetrußland Verhaftungen nicht nur unter den Angehörigen der Kommunistischen Opposition, sondern auch unter allen irgendwie bekannten Sozialdemokraten vorgenommen werden, hauptsächlich unter denjenigen, die vor kurzem ihre Gefängnis- oder Verbannungsstrafe verbüßt haben. Unter den Verhafteten befindet sich auch die Genossin Sacharowa und der Genosse Jeshov (der Bruder Martows), die im vorigen Herbst in einem Telegramm aus Kasan den Einheitsfrontpakt zwischen den französischen Sozialisten und Kommunisten begrüßt haben. Ferner sind verhaftet Genosse Georg Kutschin, der vielen ausländischen Genossen von internationalen Kongressen und Konferenzen her bekannt ist, Genosse Michael Lieber, ein alter Sozialdemokrat, der eine hervorragende Rolle in den ersten Monaten der Revolution von 1917 spielte, und viele andere. Die hier gemeldeten Verhaftungen stehen in drastischem Gegensatz zur Ankündigung der Demokratisierung des Sowjetaystems auf dem letzten Sowjetkongreß, die so verstanden werden mußte, daß auch auf dem Gebiete der Behandlung politisch Andersdenkender ein anderer Kurs eingeschlagen werden würde.

Steigende Rüstung - gedrosselter Konsum

Das Gesetz der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft

Der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie, der vom Juli bis zum Herbst ziemlich konstant geblieben war, zeigte seitdem zunehmende Ermattungserscheinungen. Für die deutsche »Arbeitsbeschaffungs«-Konjunktur war es von Anfang an charakteristisch, daß die Zunahme in den Konsumindustrien hinter der in den Produktionsmittelindustrie stark zurückblieb. Dieser Vorgang erklärt sich aus der Wirtschaftspolitik der Diktatur, die eine Senkung der Nominallöhne und noch mehr der Reallohnne erzwungen hat. In den letzten Monaten hat sich aber der Rückgang der Konsumindustrien so bedeutend verschärft, daß selbst die gleichgeschalteten Zeitungen und die offiziellen Statistiken den Rückschlag nicht mehr verbergen können.

Dies trifft zunächst für

die Textilindustrie

zu. Die Hamsterkäufe haben längst aufgehört, einmal weil die Kaufkraft erschöpft ist, vor allem aber, weil man ja Stoffe, die nicht durch Ersatz verschlechtert und verteuert sind, nicht mehr erhält. Die Kurzarbeit dauert an, unverkäufliche Vorräte häufen sich und die Zahlungseingänge lassen zu wünschen übrig. Die Inventurverkäufe haben einen unbefriedigenden Verlauf genommen. Die Umsätze im Januar zeigen zwar eine Umsatzerhöhung von knapp 7 Prozent gegenüber dem Januar 1934; da aber die Preise um reichlich 7½ Prozent gestiegen sind, so ist in Wirklichkeit mengenmäßig ein Umsatzrückgang zu verzeichnen. Gilt dies schon allgemein, so noch besonders für einzelne wichtige Zweige, wie für Kleiderstoffe, die sogar wertmäßig einen Umsatzrückgang von 3,4 Prozent zu verzeichnen haben.

Eine Absatzstockung verzeichnet auch

die Möbelindustrie.

Die Fachgruppe Möbelindustrie teilt mit, daß der »stärkere Beschäftigungsrückgang bereits zu Arbeiterentlassungen und Arbeitsverkürzungen geführt hat. Das Tempo der Eheschließungen habe sich verlangsamt und die Ehestandsbeihilfen fließen langsamer. Es vollziehe sich eine Rückwanderung des Konsums zu billigeren Möbeln, Preissenkungshoffnungen seien aber völlig un gerechtfertigt, da die Preise für Rohstoffe und Materialien weiter gestiegen und noch in letzter Zeit die Leim- und Spiegelglaspreise erhöht worden seien. Man sieht, die Bemühungen des Herrn Goerdeler sind da ohne Erfolg geblieben.

Am schlimmsten ist aber

die Lage in der Schuhindustrie.

Unter dem eigenartigen Titel »Absatzpause«, der der Beruhigung dienen soll, entwirft die »Frankfurter Zeitung« ein Bild, für das die Überschrift »Schwere Krise der Schuhindustrie« weit angemessener wäre. Das Blatt schreibt:

»Im Spätsommer des letzten Jahres verlangsamte sich schon der Anstieg der Beschäftigung, und im November trat plötzlich ein Rückgang des Absatzes ein, der in dem statistisch erfaßten Erzeugungsrückgang von 111 auf 106,2 nur schwach widerspiegelt ist. Denn die von dem plötzlichen Umschlag überraschten Fabrikanten suchten schon im November in der vorzeitigen Erledigung der Frühjahrsaufträge einen Ausgleich. Trotzdem mußten sie, abgesehen von Ausnahmen, allmählich von der Vollbeschäftigung wieder weitgehend zur Kurzarbeit übergehen, und jetzt werden meist nur 4 bis 5, teilweise sogar nur 3 Arbeitstage in der Woche angesetzt. Dabei haben durch die Arbeit auf Lager manche Fabrikanten schon jetzt ihre Vorräte an Fertigwaren auf einen in der Schuhindustrie schon wegen des Modertempos ungewöhnlichen Umfang ausgedehnt; vereinzelt wurden sogar Lagerräume gepachtet oder neu gebaut. In Pirmasens, wo ein Drittel des deutschen Schuhbedarfs von Betrieben der verschiedensten Größe hergestellt wird, arbeiteten im Januar etwa zwei Drittel der Schuhfabrikarbeiter unter 40 Stunden in der Woche.«

Für diesen Rückgang läßt das Blatt weder die beliebten Saisoneinflüsse noch Versorgungsschwierigkeiten gelten. Auch Vorratskäufe hätten im Gegensatz zur Möbel- und Textilindustrie keine Rolle gespielt. In Wirklichkeit hätte der Handel infolge allzu großen Vertrauens auf den

Aufschwung die Absatzmöglichkeiten überschätzt:

»Infolge der Fehleinschätzung von Materialversorgung und Schuhbedarf stützt heute der Schuhhandel auf umfangreichen Lagerbeständen zum großen Teil fest, nachdem ihm bereits 1933 durch übertriebene Hoffnungen auf Absatz von Marschstiefeln eine starke Belastung entstanden ist.«

»Jetzt muß der Handel seine Aufträge an die Schuhfabriken abstoppen, die Lagerübersättigung hat eine starke Anspannung seiner Betriebsmittel herbeigeführt. Die Berichte aus der Industrie lassen schon seit einiger Zeit einen unbefriedigenden Zahlungseingang erkennen, wenngleich ernsthafte Störungen im Kreditbereich sich nicht eingestellt haben. Sollte sich der Schuhhandel nicht als finanziell stark genug erweisen, seine Bestände durchzuhalten, so könnte die unvermeidliche Ueberwindung der Kassenanspannung unter Umständen zu einer rückläufigen Preistendenz führen, zumal da an manchen Stellen jetzt im Gegensatz zu der vorjährigen Entwicklung wieder eine Bevorzugung der billigeren Preislagen durch die Verbraucher beobachtet wird. Ein solcher Preisrückgang trübe das Schuhgewerbe empfindlich, zumal da es die gegenwärtige Stockung schon schwerer aushält, als die Textilindustrie. Denn im Gegensatz zu einigen Zweigen des Textilgewerbes sind in der Schuhwirtschaft erhebliche Sondergewinne nicht entstanden.«

Der Export aber liegt völlig daneben. Er beträgt nur noch einen kleinen Bruchteil der deutschen Erzeugung.

»Einige größere Fabriken in Pirmasens führen heute 2 bis höchstens 4 Prozent ihrer Erzeugnisse aus, während der Exportanteil früher vereinzelt bis zu 40 Prozent betragen hat. Auch bedeutende Markenschuhfabriken mit eigenen Auslandsfilialen, die in der Regel stets eine etwas höhere Ausfuhr als der Durchschnitt hatten, kommen kaum noch auf 3½ Prozent ihres Gesamtumsatzes. Im ganzen betrug die Schuhausfuhr 1934 mit 670.000 Paar kaum 1 Prozent von 78 Mill. Paar Jahresproduktion, und der Ausfuhrüberschuß vermindert sich auf etwa 510.000 (1933: 725.000) Paar im Werte von RM. 3,31 (5,09) Mill. Im Januar betrug der Aktivsaldo nur noch RM. 167.000 gegen 440.000 im Januar 1934.«

Der Rückgang in den Konsumindustrien erklärt wohl auch zum Teil die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten. Nach den offiziellen Angaben betrug die Zunahme der Arbeitslosen in den Monaten November, Dezember und Januar 706.000 Köpfe. Nach der Statistik der Krankenkassen fiel aber die Zahl der Beschäftigten von 15.621 Tausend Ende Oktober 1934 auf 14.409 Ende Januar 1935, das heißt um 1,2 Millionen. Eine halbe Million Arbeitsloser bleibt so für die Arbeitslosenstatistik von vornherein unsichtbar. Für Februar verzeichnet die offizielle Statistik allerdings einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 290.000, der hauptsächlich auf das Baugewerbe, die Industrie der Steine und Erden, auf das Verkehrsgewerbe und die ungelerten Arbeiter entfällt. Man wird die Beschäftigungsstatistik abwarten müssen, um beurteilen zu können, wie sich der Widerspruch zwischen der manipulierten Arbeitslosenstatistik und der wirklichen Konjunkturlage, die die Schilderung der einzelnen Wirtschaftszweige enthüllt, erheben läßt. Eine Korrektur muß aber auf alle Fälle angebracht werden: die Zunahme der Kurzarbeit in den Konsumindustrien mit ihren großen Arbeitsfassungsvermögen zeigt deutlich die Verschlechterung der Lage an, die für große Arbeitermassen eingetreten ist.

Die »Arbeitsbeschaffungs«-politik, die immer ausschließlicher eine reine Rüstungspolitik wird, kann aber zu einem wirklichen Konjunkturaufschwung nicht führen; sie begünstigt einzelne Industriezweige auf Kosten anderer. Die Akkumulationsrate der Rüstungsindustrien kann eben nur so stark gesteigert werden durch Herabdrücken der Konsumrate der breiten Masse.

Steigerung der Akkumulationsrate, Vermehrung der Anlagen und Investitionen, bedeuten aber für die kapitalistischen

Unternehmer Erhöhung der Profitrate. Das haben sogar die Ley und Konsorten gemerkt. Man lese so aufmerksam, wie sie es wirklich verdient, folgende offizielle Verlautbarung der Arbeitsfront:

»Bei Betrachtung des im vergangenen Jahre dank der Arbeitsbeschaffungspolitik um 12 Prozent gestiegenen Arbeitseinkommens wird von der Deutschen Arbeitsfront festgestellt, daß das Unternehmereinkommen einen Zugang um schätzungsweise 15, wenn nicht 20 Prozent aufweise. Das erhöhte Arbeitseinkommen sei nicht dem einzelnen Arbeiter zugute gekommen, sondern gehe auf den erhöhten Beschäftigungsgrad zurück. Bei dem erhöhten Unternehmereinkommen handele es sich dagegen um eine wirkliche Einkommenssteigerung des einzelnen Unternehmers. Es ergebe sich also, daß sich der Unternehmer in der Arbeitsschlacht einen größeren Anteil am Sozialprodukt sichern konnte als der Arbeiter.«

Wir halten die Berechnung der Steigerung des Arbeitseinkommens für eine statistische Spiegelfechterei, die der Wirklichkeit nicht im entferntesten entspricht. Dagegen zeigen alle industriellen Abschlüsse in der Tat eine sehr erhebliche Vermehrung des Unternehmergewinns. Der Schluß für die »Arbeitsfront«, die Räuberin der Gewerkschaften, läge nahe genug: Schluß mit dem Lohn-

Der Marschstiefel

Die »Frankfurter Zeitung«, die sich mit einer im Dritten Reich seltenen Offenheit in der Nr. vom 3. März über die Lage der deutschen Schuhindustrie ausspricht, stellt fest, daß die Besserung 1933 erfolgt sei »vor allem auch deshalb, weil die Ausdehnung der Parteiformationen einen großen Sonderbedarf an Marschstiefeln wie überhaupt an festem Schuhwerk mit sich brachte.« Die Marschstiefel können natürlich auch zu weniger heldenhaften Zwecken verwendet werden. Da die SA ihr Schuhwerk von Hitler bezahlt bekam, brauchte sie selbst kein Geld dafür auszugeben. Der Abbau der Uniformierten nach dem 30. Juni hat dann offenbar auch zur Einschränkung der Staatsbestellungen von Marschstiefeln geführt. Die »Frankfurter Zeitung« berichtet dann auch, daß im Spätsommer des letzten Jahres sich der Anstieg der Befestigung verlangsamt habe und daß im November die bedauernden Besitzer von Schuhfabriken von der unangenehmen Entdeckung überrascht wurden, daß die Hochkonjunktur für Fußbekleidung ins Gegenteil umgeschlagen war.

Trotz der Betriebseinschränkungen »stutzt heute der Schuhhandel auf umfangreichen Lagerbeständen zum großen Teil fest, nachdem ihm bereits 1933 durch übertriebene Hoffnungen auf Absatz von Marschstiefeln eine starke Belastung entstanden ist.« Daraus ergibt sich eindeutig, daß der »Aufstieg« nicht auf normalem Verbrauch beruht hat, sondern auf staatliche Bestellungen, die versteckte Staatsubventionen sind.

So greift die Rüstungspolitik auch in die Konsumindustrien ein!

Pleite in Leipzig

Die Frühjahrsmesse zeigt auch dieses Jahr einen Rückgang der Zahl der fremden Aussteller um zehn Prozent, trotzdem bereits jede Messe im Dritten Reich eine ständig sinkende Zahl von ausländischen Ausstellern gebracht hatte. Aber auch sonst ist die Messe, wie die wehleidigen Berichte der deutschen Presse zeigen, ein Mißerfolg. So heißt es z. B. in einem Bericht der »Frankfurter Zeitung«:

»Im allgemeinen überzog auf der Technischen Messe die informativische Tätigkeit der Kundschaft.«

An anderer Stelle der »Frankfurter Zeitung« findet sich ein noch interessanterer Hinweis, weil er einen Einblick in die Verschiebung der Kaufkraft gewährt.

»Als Symptom für eine Besserung der Gesamtkaufkraft

druck, Anpassung wenigstens der Löhne an die gestiegenen Preise. Aber der kennt den »deutschen Sozialismus« schlecht, der solches vermeinte. Die Kundgebung fährt fort:

»Diese Tatsache schließt eine erhöhte sozialistische Verpflichtung (!) in sich; denn der innerdeutsche Wirtschaftsaufstieg sei ja nicht das Verdienst des Unternehmers, sondern allein der Erfolg des nationalsozialistischen Staates. Konjunkturgewinne seien für die Gemeinschaft nutzbar zu machen. Die nationalsozialistische Pflicht des Unternehmers werde in der Zukunft darin bestehen, neben einer stärkeren Gewinnbeteiligung des Arbeiters und Angestellten, wie sie verschiedene Unternehmungen schon durchführten, die erhöhten Gewinne zur weiteren Befruchtung der Gesamtwirtschaft zu verwenden.«

Von der »stärkeren Gewinnbeteiligung« hat wohl noch kein Arbeiter etwas verspürt. Das ist aber auch Nebensache. Gemeinnutz geht ja vor Eigennutz. Wichtig ist nur die »weitere Befruchtung der Gesamtwirtschaft«. Das heißt, die Unternehmer sollen auch weiterhin investieren, ihre Anlagen erweitern und ihre Profite erhöhen. Lohnerhöhungen könnten sie darin nur behindern. Deshalb darf dieses marxistische Wort nicht einmal ausgesprochen werden. Und das wagt sich »Arbeitsfront« zu nennen!

Dr. Richard Kern.

kann die Tatsache gelten, daß heute für solche Güter, die einem gewissen Luxusbedürfnis entsprechen, stärkere Kaufkraft besteht. Das zeigt sich beispielsweise bei Bijouteriewaren und kunstgewerblichen Gegenständen. Unter den Schmuckwaren finden moderne Formen in echter Ausführung und in Imitationen gleichmäßig Interesse.«

Den reichen Leuten geht es also im Dritten Reich recht gut. Ihre Zahl hat sich durch das riesenhafte Anwachsen der braunen Bonzen so vergrößert, daß selbst die Leipziger Messe die Wirkung ihrer großen Geldbeutel verspürt.

Der Herr Oberpräsident

Oberpräsident Kube und Gruppenführer Ernst haben Anfang 1934 die SA in Prenzlau besichtigt. Nachher war bei J. P. Lang (Weinhaus am Markt) eine schwere Sauferei mit den Führern aus der Uckermark. Die Rechnung betrug ca. 2500 Mark. Kube und Ernst lehnten die Bezahlung ab; Ernst brüllte, der Wirt solle sich eine Ehre daraus machen, die Führer der Provinz bei sich zu Gast zu haben. Herr Lang hingegen vertrat die Ansicht, daß er von der Ehre allein nicht leben kann, sondern daß er dazu auch die 2500 Mark braucht, die ihm die Herren schulden. Lang bekam kein Geld und nun hielt er sich an die Kellner und verlangte, daß jeder den von ihm ausgeschenkten Anteil bezahle. Dazu seien sie auf Grund irgend einer Anstaltsbedingung verpflichtet, wenn der Gast ohne Bezahlung abbrückt. Die Kellner weigerten sich; es gab Krach, und Oberpräsident Kube hat wegen »unsozialer Gesinnung des Wirtes« das Lokal schließen lassen. Herr Lang hielt nicht still und hat in monatelangen Bemühungen erreicht, daß der ganze Vorgang dem »Führer« vorgetragen wurde. Die Sache wurde untersucht, und Kube wurde von Hitler aufgefordert, das Verbot sofort aufzuheben. Seit Anfang Januar 1935 ist das Weinhaus J. P. Lang in Prenzlau wieder geöffnet.

Gute Zeiten für Bonzen

Beim Bau der deutschen Autostraßen waren Anfang Januar 80.294 Arbeiter beschäftigt, die an insgesamt 1191 km Straßenlänge arbeiteten. In den Geschäftsstellen des Autostraßenbaus aber waren zur selben Zeit, ebenfalls nach amtlicher Mitteilung, 4260 Bönzlein untergebracht. Auf 19 Zwangsarbeiter am Straßenbau kommt also 1 Bonze, und auf 1 km Strecke 4. In den Propagandareden wird davon gesprochen, daß 500.000 km Autostraßen geplant sind. Für brave Bönzlein bestehen also noch Aussichten.

Hakenkreuz über Afrika

Schachtrede für Kolonien

Die Rede des deutschen Wirtschafts-diktators Schacht auf der Leipziger Messe, die in der Forderung nach der Rückgabe der deutschen Kolonien gipfelte, war als eine Ouvertüre zu dem erwarteten und nun wieder abbestellten Besuch Sir John Simons in Berlin gedacht. Ihre Bedeutung wurde durch die Erklärung des Redners unterstrichen, daß alles, was er sage, die Billigung des Führers habe.

Das ist eigentlich nichts Neues. Auf dem Speisezettel Hitlers stehen schon längst neben der Aufrüstung, der Einverleibung Oesterreichs und dem Vorstoß nach Litauen, der ersten Etappe des gigantisch ausgedachten Ostmarsches, die einstigen deutschen Kolonien. Darüber hinaus aber soll das Hakenkreuz über einem alten, nie preisgegebenen Barbarossa-Traum des deutschen Kolonial-imperialismus aufgehen: über einem gewaltigen zentralafrikanischen Reich, das von Ozean zu Ozean greift. Schon wimmelt es in den afrikanischen Besitzungen und Protektoraten Frankreichs und Englands von Nazimissären, die zunächst einmal das Flugfeuer des Aufbruchs anfachen und hierbei im besonderen die religiösen Gegensätze, vor allem die panmohammedanische Idee mißbrauchen. Als erster Schritt soll, so grotesk es klingen mag, für die einst deutschen Gebiete Afrikas, für Kamerun, Togo, Südwest- und Ostafrika, die Volksabstimmung gefordert werden.

Man beruft sich jetzt in Berlin darauf, daß, als bekannt wurde, der Versailler Vertrag wolle Deutschland die Kolonien abgeben, weite Kreise der europäischen Welt sich solchem Vorhaben widersetzen. An erster Stelle der jetzige englische Ministerpräsident Macdonald. Nun ist es zutreffend, daß Macdonald, damals noch Führer der englischen Arbeiterpartei, wiederholt sich gegen die Fortnahme der deutschen Kolonien gewandt hat. Am deutlichsten wohl auf der Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkonferenz zu Bern, im Februar 1919. Dort sagte er, unter Berufung auf einen früheren Beschluß der Arbeiter- und Sozialistenparteien, daß die Rückgabe der deutschen Kolonien kein Hindernis für den Frieden sein dürfe. Kurze Zeit darauf, als der Mandatsgedanke zur Diskussion stand, fügte er hinzu, daß selbstverständlich auch Deutschland ein Anrecht auf Vormundschaftsmandate habe, die ihm bei seinem Eintritt in den Völkerbund nicht vorenthalten werden können.

Macdonald stand mit solcher Meinung nicht allein, er befand sich in Uebereinstimmung mit allen maßgebenden Vertretern der europäischen Arbeiterparteien. Und das eben ist die Schamlosigkeit der Nazidiplomatie, daß Hitlerdeutschland, das die Sozialisten schändet und mordet, auf deren demokratische Gerechtigkeit spekuliert, wenn es die Krallen für einen beispiellosen Raubzug schärft.

So fordert es die Zeit, klarzulegen, wie 1919, als der militarisierte Imperialismus der Sieger aufschäumte, die sozialistische Arbeiterschaft Europas es verstanden haben wollte, wenn sie sich der kolonialen Annektionspolitik der Clemenceau und Lloyd George entgegenstellte. Nicht, daß sie Deutschland für besonders geeignet und würdig hielt, koloniale Völker zu regieren, vielmehr weil sie keinen Unterschied zu sehen, noch zu machen vermochte zwischen den kolonialen Ausbeutungssystemen der kapitalistischen Imperien, einerseits welche Nationalflagge sie auch hissen. Grundsätzlich jede Kolonialpolitik der Herrenländer ablehnend, wollte die sozialistische Internationale niemandem ein Privileg der mehr oder weniger verbrämten Sklaverei zubilligen. Vielleicht mag ein wenig auch die Erwägung mitgesprochen haben, daß der jungen deutschen Republik nicht verweigert werden könne, was die kapitalistischen Kolonialstaaten für sich als selbstverständlich beanspruchten.

Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß alles, was damals auf den mannig-

fachen Konferenzen der Arbeiterparteien und in deren Presse zugunsten deutschen Kolonialbesitzes geäußert worden ist, einerseits die ausbeuterische Tendenz jeder kapitalistischen Kolonialpolitik kennzeichnete, andererseits die Wirtschaft des neuen deutschen Volksstaates, zu dem ein gewisses Vertrauen bestand, nicht schlechter als die der übrigen Länder stellen wollte. Hierfür lassen sich beliebig viel Beweise geben.

So heißt es in der Amsterdamer Resolution vom April 1919! »Die Internationale Konferenz verurteilt die Unterdrückung aller Völker, sie verwirft die Idee, daß diese Völker als Eigentum irgendwelcher Staaten angesehen und zugunsten seiner egoistischen Interessen verwaltet werden. Die Konferenz erhebt Protest gegen eine Politik, die Deutschland seiner Kolonien berauben will, und betrachtet diese ihre Haltung im

Einklang stehend mit den sozialistischen Prinzipien, die allen Völkern die gleichen Rechte zugestehen.«

Und die Resolution der internationalen Konferenz von Luzern fordert:

»Da jedoch das Kolonialsystem aufrecht erhalten bleibt, hätte der Friedensvertrag Deutschland die Kolonien nicht wegnehmen sollen.«

Was beweisen diese Zitate? Sie beweisen, daß es in einer Zeit tiefster Not des deutschen Volkes eine Stelle gegeben hat, die für die Gleichberechtigung Deutschlands eintrat. Das war die von Hitler in irr sinniger Wut geschmähte Sozialistische Arbeiterinternationale! Auf sie sich zu berufen, hat er kein Recht. Denn das Deutschland, dessen Ansprüche bei der Sozialistischen Arbeiterinternationale Verständnis fanden, das

Deutschland der Freiheit, des Friedens, der sozialen Kultur besteht zur Zeit nicht mehr. Daß aber die imperialistischen Mächte stärkere Neigung zeigen werden, die hitlerdeutschen Kolonialwünsche zu erfüllen, ist zum mindesten sehr unwahrscheinlich. Die imperialistischen Mächte kennen die irrsinnigen Afrikapläne der Nazis und werden schwerlich bereit sein, ihnen Vorschub zu leisten. Schachts Kolonialrede auf der Leipziger Messe, unmittelbar vor — damals noch erwarteten — dem Eintreffen des englischen Unterhändlers in Berlin war eine der landesüblichen diplomatischen Plumpheiten. Das regierende Allddeutschum steckt alles in die Tasche: Rußland und Afrika nebst allen umliegenden Ortschaften. Aber freilich tut es das bloß mit dem Maul und erreicht weiter nichts, als daß sich die ganze Welt zur Abwehr zusammenschließt.

Braune Mätressenwirtschaft

Wir erhalten aus Berlin folgende Zuschrift: Die bevorstehende Hochzeit des preußischen Ministerpräsidenten, Chefs der geheimen Staatspolizei, Reichsoberjägermeisters, Luftfahrtministers, Fliegergenerals Hermann Göring mit der Schauspielerin Eva Sonnemann erregt hier allgemeine Neugier. Vor allem in den Kollegenkreisen der Braut wird viel herumgerätselt. Man fragt sich z. B., in welcher Tracht Karins Witwer wohl bei seiner zweiten Hochzeit erscheinen wird. Neue Uniform, rechte Hälfte schwarz, linke Hälfte weiß, teils Gedenk-, teils Freudenkleid? Gewandung eines mittelalterlichen Minnesängers? Manche tippen auf Lotsenanzug, weil er die Eva erst von Weimar ans Berliner Schauspielhaus und in den Hafen der Ehe ge-

lotat hat (nachdem die Aussteuer zehnfach verdient ist). Andere wollen wissen, daß eine mehrfache Umkleidung bevorsteht und daß sämtliche Theater ihre Kleiderkammern zur Verfügung gestellt haben. Rasse-Standesamt: Bärenfell mit Speer, Brautzug: Lohengrinrlüstung, Kirche: Büßergewand Heinrichs IV., Festmahl: Tracht eines Oberküchenmeisters, Hochzeitsreise: je nach dem Fahrzeug — Stationsvorsteher, Rennfahrer, Deckoffizier und Stratosphärogeneral. Die Phantasievollsten versteigen sich zu noch kühneren Behauptungen, sie fassen etwas von schlichtem Zivil. Diese unsinnige Verdächtigung soll aber bereits dementiert worden sein, auf ihre Verbreitung steht Konzentrationslager. Noch eine zweite pikante Seite hat die

Angelegenheit: bis jetzt war Frau Magda Göbbels unbestrittene Reichsdirektrice. Jetzt taucht plötzlich eine neue Anwärtlerin auf, und wenn sich schon die beiden Männer stündlich Pest und Verderbnis an den Hals wünschen, wenn schon sie sich mehr Knüppel zwischen die Beine werfen als der deutsche Wald liefern kann — wie wird es erst mit den Weibern werden, so fragt man sich. Wieder sind es Eva Sonnemanns Kollegen, die einen Streit an der Kirchentür, treu nach Hebbels »gehörntem Siegfried« prophezeien. Ganze Textvorlagen werden hinter den Kulissen geflüstert. Hier eine davon. (Was nicht von Hebel stammt, ist eingeklammert):

Kriemhild: Wie redest du! Mein edler Gatte ist nur viel zu mild, sonst hätte er seinen Degen schon längst zu einem Szepter umgeschmiedet und über die ganze Erde ausgestreckt. (Was ist denn deiner? Er nimmt Morphium, säuft.)

Brunhild: (Und deiner?) Ein Vasall! (Ein Klumpfuß, erbuntflüchtig wie nur einer. Er fiel im Juni eben noch zur richtigen Seite und zog die Tarnkapp über sein Gehirn, sonst wäre er zu Röhms Vätern längst versammelt.)

Kriemhild: Sei stolz und frech, ich bin aus Mitfeld stumm (Brandstifter hat man einst in schwere Ketten geschlossen und am Markt gepeitscht).

Brunhild: Legt sie in Ketten! Bindet sie! Sie rast!

Und so weiter. Die Frage ist nur, wer wird wen ausstechen, wer wem unterliegen? Der Führer soll die Magda mehr schätzen als die Eva, und so kann es leicht geschehen, daß Frau Göbbels den Hoheitsvogel abschießt. Beleidet wird die künftige Reichsjägermeisterin jedenfalls von keinem — nicht einmal von ihren ehemaligen Kolleginnen.

Den Professoren überläßt man es, darüber nachzudenken, ob hochgradige Morphinisten erbgesunden Nachwuchs zeugen können. Dagegen werden heute schon Wetten abgeschlossen, wer zur Hochzeit erscheinen, wer nur ein Telegramm und wer überhaupt nichts senden wird.

Nur einer Sache ist man sicher — und wenn von dieser Seite des Hermann-Sonnemann-Bundes die Rede ist, hören alle Witze auf, werden die Gesichter ernst —: der Skandal, der im zweiten Reich unweigerlich fällig gewesen wäre, wird unterdrückt werden. Man stelle sich vor, welches Geschrei in nationalsozialistischen Kreisen und Blättern ausgebrochen wäre, wenn ein auf vorgeschobenen Posten stehender Staatsmann der deutschen Republik die ihm anvertraute Macht dazu mißbraucht hätte, seine schauspielende Freundin von einer kleineren Bühne wegzuholen und sie mit einer Riesengage an das Berliner Staatstheater zu engagieren. Öffentliche Versammlungen gegen das »Schandsystem«, gegen die »ungeheuerliche Korruption und Mätressenwirtschaft der verjudeten Bonzen und Schieber« wären einberufen worden, alle Zeitungen wären der Ent-rüstung voll gewesen, das ganze Land hätte gedöhnt. Und die Schreier hätten sogar ausnahmsweise Punkt für Punkt recht gehabt, denn Mätressenwirtschaft nennt man so etwas. Nun — im zweiten Reich hat es äh-

Der Streit um den Vortritt



Brunhild-Emmi und Kriembild-Magda

liches, hat es entfernt Vergleichbares niemals gegeben.

Aber im Dritten Reiche gibt es das, und kein deutscher Hahn wagt zu krähen. Was bisher nur Gerücht war — ein Gerücht, dessen Verbreitung unweigerlich Konzentrationslager nach sich zog — hat sich bestätigt: Eva Sonnemann, von Hermann Göring nach Berlin berufen und aus den Taschen der deutschen Steuerzahler überreich dotiert, war schon zur Zeit ihrer Beförderung die Freundin des hohen Gönners. Die Untertanen des Dritten Reiches sind starke Stücke, sind riesige Korruptions- und schamlose Protektionskandale gewöhnt — aber die Bestätigung des längst von Ohr zu Ohr getuschelten, von den Hakenkreuztreuen bisher nicht geglaubten Göring-Sonnemann-Falles hat doch hörbar eingeschlagen. Denn so sichtbar ist der Geist, ist der Geschäftseinstimmigkeit des Führerklingels selten ans Licht getreten. Hier zieht auch nicht das altbewährte Schlummerlied: »Der Führer weiß es nicht, der Führer will es nicht.« Der Führer weiß das — wie jeder im Lande es weiß —, die Korruption hat sich vor seinen Augen vollzogen, und er ist nicht dagegen eingeschritten, hat sie geduldet und gebilligt.

Görings Hochzeit, so sagt man, schadet dem braunen Führerstand und seinem Ansehen mehr, als tausend Feuerwerke und Rundfunkreden nützen können.

Es wird gesparrt

Die »Soziale Praxis«, Heft 9, 1935, bringt einen Auszug aus dem Gutachten des deutschen Sparkommissars Dr. Saemisch. Darin heißt es:

Der Reichsparkommissar hat auch z. B. im Mannheimer Gutachten gegen die Fortführung der Beratungsstellen für Schwangere, Säuglinge und Kleinkinder nichts einzuwenden, meint jedoch, daß das Gute etwas zuviel getan wird. Ähnlich stellt er sich zur Schulgesundheitspflege der Stadt Mannheim. Sie habe für eine überdurchschnittliche Förderung angehalten lassen und müsse sich nun auf einen gewissen Abbau einrichten. Die Untersuchungen in den Volksschulen könnten vermindert und die schulärztliche Tätigkeit in den höheren Lehranstalten auf Schulpflichtstunden beschränkt werden. Die Kindererholungsfürsorge kann nach Dr. Saemisch in Mannheim, wo sie von einer Arbeitsgemeinschaft mit starker städtischer Beteiligung betrieben wird, ebenfalls eingeschränkt werden, wenigstens was die Entsendung anlangt. Die Entsendung ganz einzustellen, kann man wahrscheinlich bei der großen Arbeitslosigkeit in Mannheim nicht verantworten.

Wenn Saemisch »wahrscheinlich nicht« sagt, meint er »wahrscheinlich doch«, denn dafür ist er Sparkommissar. Dagegen bekommt »die hiesige Stadtverwaltung ein besonderes Lob, weil sie das Aufgabengebiet ihres Gesundheitsamtes auf die Rasse-Gesundheitspflege ausgedehnt hat.« Denn für Rassewahn und »Wehrhaftigkeit« ist nach wie vor genug Geld vorhanden, fließen nach wie vor die staatlichen Zuwendungen in Strömen. Wie allerdings die »Rasse« gedeihen soll, wenn das Volk verelendet, danach fragt niemand.

Ein alter Bekannter

Im Herbst war Kurt aus dem KZ. entlassen worden. Nun saß er vor uns, einen Zug stummer Verbissenheit im Gesicht, und erzählte.

»Und dann, wißt ihr, wen ich dann noch im Lager traf? Auch ein alter Bekannter, aber einer von den Lagerbonzen. Ihr kennt ihn auch, eine Type von 1918. Er wollte damals durchaus in den Soldatenrat. . . . Sozusagen selbstwegen kriegte ich im KZ. ein paar mit dem Gummiknüppel. Der alte Bekannte mußte uns ab und zu bimsen, Exerzieren beibringen, am Spaten Griffe kloppen, wie anno dazumal.«

Als ich den Kerl das erste Mal sah, habe ich gegrübelt und gegrübelt: Wo bist du dem begegnet, diesem Menschen mit dem starr zurückgelegten Kopf, mit der gemacht strammen Haltung, mit der forciert schneidigen Stimme. . . . Aber sowie man ins Nachdenken kommt, gibts den Stoß in die Seite und du hörst die SA-Wache schnauzen: »Hier wird nicht geschlafen!« Und dann schaufelt man weiter, rings herum nichts wie das Gewürge der Spaten, Hacken, Schippen, und in den Handtellern wachsen die Wasserblasen.

Nachmittags: Antreten zum Exerzieren. Kehrtwendungen, Marschieren, Laufschrift und dann im nassen Dreck auf und nieder, bis ein paar erschöpft umsinken. Zum Schluß erscheint der Herr Oberleutnant, beinahe stellvertretender Lagerkommandant, nimmt den Parademarsch ab, wir können kaum noch gerade stehen, dann kommt die Rede, keiner hört drauf, bloß ein paar Brocken prasseln aus ins Ohr: » . . . Moralische Erneuerung . . . großer Führer . . . der Marxismus hat seit

„Dem Tier ward Macht gegeben . . .“

Ein katholischer anti-nazistischer Hirtenbrief von besonderer Schärfe

Der katholische Bischof von Danzig, Eduard, hat jetzt einen Hirtenbrief feierlich von allen ihm unterstellten Kanzeln verlesen lassen, der selbst in dem von Ungewöhnlichkeiten strotzenden reichsdeutschen Kulturkampf zweiter Auflage ein Dokument darstellt, das verdienten Aufsehen erregt. Sowohl die Verhältnisse, unter denen dieses Hirtenwort zustande gebracht worden ist, sind außergewöhnlich wie auch seine Form und Sprache enthalten Invektiven von einer so besonderen Deutlichkeit, daß man vielleicht von einem Vorboten kommender, auf offenen Kampf eingestellter Dinge im Verhältnis Rom—Drittes Reich sprechen kann.

Ungewöhnlich ist der Hirtenbrief des Bischofs Eduard wegen der Gelegenheit, unter der er herausgegeben wurde. In Danzig bereitet sich zur Zeit ein neuer Wahlkampf vor. Das Zentrum hält in der Freistadt seinen eigenen Partei-Anspruch gegenüber dem Totalitätsprinzip der Nationalsozialisten aufrecht, sich als eigene Vertretung der politischen Interessen der Katholiken zu erhalten — Ähnlich wie die Sozialdemokratie, die auch auf die Abdankungswünsche der braunen Terroristen mit lebhafter, freilich von den augenblicklichen Machthabern trotz eines Hohen Völkerbundskommissars mit Polizeischikane und SA-Terror bedrohten eignen Agitation unter der Arbeiterbevölkerung antwortet. Zu dem — der Danziger Bischof Eduard hat unmittelbar vor Erlaß seines Hirtenbriefes eine Audienz beim Papst in Rom gehabt. Er würde seinem Bischofswort sicherlich eine andere Form gegeben haben, wenn er nicht aus seinen unmittelba-

ren Erfahrungen im Vatikan wissen dürfte, daß die höchste kirchliche Stelle ihn in der Angriffsbereitschaft auf das ganze System innerlich stützt.

In Form und Inhalt ist der Hirtenbrief deshalb ungewöhnlich und sehr unterschiedlich von manchen Dokumenten des hohen katholischen Klerus im Hitlerreich selbst, die eine viel diplomatischere Sprache anzuwenden beliebten, als in ihm die nationalsozialistische Partei direkt apostrophiert und genannt wird, während sich bisher der Kampf der innerdeutschen katholischen Bischöfe auf die »Neu-Heiden«, die »Deutsche« oder »Nordische Glaubensbewegung« beschränken wollte, die zwar ohne Zweifel Formationsgebilde des Nationalsozialismus darstellen, aber doch auch formal nicht gerade identisch sind mit der Partei als solcher; dadurch blieb sowohl für die Nazis die Möglichkeit, stets offen diesen Teil ihrer Schlachtordnung preiszugeben, wenn es so opportun erschien, und andererseits konnte den Kritikern im christlich-katholischen Lager nicht viel passieren, da sie sich ja nicht am Allerheiligsten der Partei selbst vergriffen. Diese Unterscheidungspraxis, die sich allmählich aus der beiderseitigen Diplomatie und Taktik beider miteinander ringender Machtkomplexe herausgebildet hat, verwirft der Danziger Hirtenbrief ziemlich brüsk. Man muß es schon auf die Nationalsozialistische Partei direkt beziehen, wenn es darin heißt:

»Und all die Lästereien und alle diese Angriffe und alle diese Lügen werden durch eine machtvolle Organisation, in Büchern, Zeitungen und Schulungskursen in Millionen von Köpfen bis ins letzte Dorf und Haus

getragen. Wohl wird immer versichert, daß der Aufbau auf dem Boden des positiven Christentums errichtet werden soll. Aber, warum, wenn es ernst damit ist, frage ich, läßt man solche antichristliche Machenschaften fördern, ja sie von Parteigenossen fördern?

Es ist deutlich zu erkennen, daß hier der Angriff aus der Deckung in der Kirche eines Gebietes, das dem braunen Machtanspruch aus internationalen Bindungen heraus noch nicht ganz unterliegt — für Eduard liegen also die Dinge etwas anders und günstiger als etwa für Schulte oder Faulhaber — sich unmittelbar die nationalsozialistische Partei als Ziel aussucht. Auf die bloßen »Neu-Heiden« als Organisation treffen die bischöflichen Charakterisierungen ja auch gar nicht zu.

Aber die Danziger Eminenz wird noch viel deutlicher und robuster, wo sie sogar die Sprache des Apostels selbst zitiert, um Hitlers geistige und politische Stellung in der Welt ganz allgemeingültig in die moralisch vernichtende Betrachtungsweise des Dieners Gottes einzubeziehen. Der Hirtenbrief zitiert nämlich das berühmte Wort aus der Heiligen Schrift:

»Ihm (dem Tier) ward Macht verliehen über alle Geschlechter, Sprachen und Völker und die ganze Welt sah dem Tier verwundert nach. . .«

Vielleicht, wenn die Ketzerei erlaubt sein sollte, kann dieses kühne prophetische Wort der Apokalypse als Initiale bei künftigen Abrüstungsverhandlungen zwischen deutschen und anderen Diplomaten überhaupt dienen —?

Die städtischen Krankenhäuser möchte Saemisch am liebsten ganz beseitigen, weil sie angeblich »teuer« arbeiten. Er empfiehlt, lieber den Bau privater Anstalten zu subventionieren (damit die Aufnahme unbemittelter Kranker mehr als Wohltätigkeitsveranstaltung frisiert werden kann).

»Die Betten eines vollwertigen Krankenhauses dürften unbedingt nur vor Akut- und Schwerverkranken belegt sein, chronisch Kranke gehörten in billigere Sonderanstalten. Auch die Hauskrankenpflege sei zu fördern. Die Abkürzung der Verpflegungsdauer sei das Entscheidende. Sie lasse sich bei den Krankenkassen- und Fürsorgepatienten durch befristete Einweisung erreichen.«

Vor allem sind den Herren die freien Schwesternschaften ein Dorn im Auge. Hier verlangen ja Menschen für ihre aufreibende Arbeit angemessene Bezahlung. Das muß geändert werden:

»Oberbürgermeister Dr. Goerdeler hat in seiner Beschreibung des Mannheimer Gutachtens den Schluß gezogen, daß die Städte bei der Berufung ihres Pflegepersonals zu den bewährten Einrichtungen zurückfinden

müßten, die dem Gedanken des Aufgehens im Dienste der Nächstenliebe entsprungen wären. . . . Das Personal, namentlich das Wirtschaftspersonal, wird vielfach noch verringert und der Aufwand für Pflege- und Wirtschaftspersonal herabgesetzt werden können.«

Deutlicher ist es noch niemals zugestanden worden: für soziale Zwecke ist im Dritten Reich kein Geld da. Wir sehen ein Ereignis wiederkehren, daß sich vor mehr als hundert Jahren schon einmal vollzog: als man in der Frühzeit des Kapitalismus Rekruten ausheben wollte, zeigte es sich, daß ein beträchtlicher Teil der proletarischen Jugend zum Militärdienst untauglich war: schwach, krank, körperlich zurückgeblieben. Damals, als sich der Militärstaat in seinem Lebensnerv getroffen fühlte, wurde das erste Sozialgesetz erlassen — man verbot 14- und 16stündige Arbeitszeiten für Kinder und Frauen.

Wenn Saemischs Vorschläge durchgeführt und noch einige Zeit dahingegangen ist, wird eines Tages im Dritten Reiche etwas Ähn-

liches eintreten: es wird an »erbgesunden«, d. h. waffentüchtigem Nachwuchs mangeln. Da dann die empfindlichste Stelle des Dritten Reiches verletzt ist, wird man sich vielleicht besinnen, wird einlenken wollen und wird finden, daß zehnfache Aufwendungen nötig sind, um annähernd wieder gutzumachen, was heute versummt wird.

Der Ueber-„Stürmer“

In der letzten Nummer der unter Förderung des Reichspropagandaministeriums erscheinenden Zeitschrift »Der Judenkenner«, liest man:

- »Gelle Judengier nach deutschen Frauen«
 - »Schweineische Rassenmoral«
 - »Geschändete Erzieherinnen«
 - »Vergewaltigung mit dem Revolver«
 - »Judenweiber sielen sich auf Butterklößen«
 - »Der Judenfinger«
 - »Die geheime Judenhand«
- Göbbels kann stolz sein — er hat selbst den Streicher geschlagen!

jeher das Vaterland verraten . . . die Sozialdemokratie ist schuld am Zusammenbruch von 1918 Schlitzengrabengemeinschaft Heil Hitler! Wegtreten!

Schlitzengrabengemeinschaft, höre ich, und da fiel der Groschen. Natürlich, 12. Infanterieregiment, Oberleutnant Müller. 1917 hielt er uns draußen andere Reden. Da waren wir die Retter des Vaterlandes, nie dürften unsere Opfer wieder vergessen werden. Jeder von uns sei Ehrenbürger Deutschlands geworden. . . . Da waren wir in Zeitungsartikeln die stolzen Krieger, die Helden, die Uebermenschlichen und Unvergesslichen leisteten. . . . Und dann war das dicke Ende da, der Zusammenbruch, wir wankten ja schon wie die Leichen umher. Der November kam, Soldatenräte wurden gewählt und Oberleutnant Müller wurde mit uns sehr volkstümlich, er hätte zu gern in unserem A- und S-Rat gesessen. Besinnt ihr euch nicht mehr auf den mit dem roten Gesicht, der sich in der Kaserne wählen ließ und vom A- und S-Rat abgelehnt wurde? — — —

Jawohl, wir besannen uns. Dieser Oberleutnant war ja nur einer unter vielen Offizieren, die uns damals um den Bart krochen. Sie alle boten der Demokratie beflissen ihre Dienste an. Da kam der General von B. und bat, ihn nicht zu pensionieren. Seine Familie sei arm, seine Töchter besäßen nicht einmal Heiratgut und sozial habe er immer gedacht. Majore und Hauptleute nannten uns die Türen ein, bewarben sich um Offiziersstellen bei der roten Sicherheitswehr und versicherten uns: Wenn sie bisher monarchistisch gewesen seien, so hätten sie doch viel umgelernt. Da wurden wir von den Offizieren in die Kaser-

nen gebeten, weil »Spartakus« unter den Soldaten umginge. Da lauschten die Herren zustimmend unseren Worten, mit denen wir die soziale Demokratie als einzige Rettung Deutschlands verfochten. Da baten sie uns nach jeder Kasernenrede ins Offizierskasino, wir lehnten ab, aber sie fanden den Weg zu unseren Büros, um uns ihre Schmerzen zu klagen. Ach, sie alle standen mit ihrem Ehrenwort zur neuen Ordnung und zur Demokratie und konnten nicht genug betonen, welch großes Verdienst sich die Sozialdemokratie ums Vaterland erworben habe. Kaum retten konnten wir uns vor Komplimenten, Bitten und Loyalitätsschwüren. Damals begann unser großes Staunen über die Elastizität mancher Offiziersehrenwörter.

Oberleutnant Müller war nur einer unter vielen und mit ihm rollt der KZ.-Film weiter. Sobald unser Genosse den Mann erkannt hatte, verdoppelte sich der Grimm. Alles in ihm rebelliert, er kommt den Kommandos der braunen Schinder nur unwillig nach. Der Gummiknüppel wird auf ihn losgelassen. . .

Kurt spie aus und erzählte weiter:

»Mit verbundenem Kopfe liege ich im Lazarett und brenne drauf dem braunen Häuptling einiges von früher zu erzählen. Ein bißchen Fieber war auch dabei. Ich höre, wie die Kameraden draußen im Hofe reihum gehen. Da erscheint er mit einem Male im Türhaken. Will inspizieren oder sowas. Ein Stück vor meinem Bett bleibt der »alte Kamerad« stehen und schnarrt: »Jetzt werden sie wohl endlich ein bißchen Disziplin fassen, wie? Wir sind hier nicht zum Spaß da! Hier herrscht nationale Ordnung; Marxismus wird ausgerottet. — — —«

Da habe ich mich im Bett ein bißchen empor geschoben und ihn mal ins Auge gefaßt: »Herr Oberleutnant, wir sind alte Bekannte. Erinnern sie sich? 1917. Inf.-Reg. Nr. 12. . . Wir waren damals die Helden, denen nie genug gedankt werden könne. . . Und dann, im November 1918, da waren wir wieder die Retter. . .«

Ihm ging das Maul nicht ganz zu, seine Augen wurden kleiner und kleiner, das Genick schien ein bißchen lockerer, dann riß er sich wieder hoch: »Interessiert mich nicht im Geringsten, ob sie mich kennen, verstanden? Wenn sie sich hier mausig machen, sind sie ein erledigter Mann!« — Und hinaus war er, wie weggekehrt.

Er ist dann nicht mehr lange in unserem Lager gewesen und wenn ich ihn sah, schien es immer, als wäre sein Genick ein Quantchen beweglicher geworden. . . Ja, das war also die ewige Schlitzengrabengemeinschaft — und wie viele mag es heute unter den braunen Schindern geben, die uns im Felde ewige Dankbarkeit und in den Zeiten nach dem November ewige Treue verheißten! M. B.

Dank an Napoleon III.

Hätte er wie Hitler gehandelt Auf der Jahresausstellung des Pariser »Salon« von 1863 ereignete sich ein peinlicher Skandal: Napoleon III. war zur Eröffnung erschienen. Von einem Bild wandte sich der Monarch ab und verließ den Saal, worin er hing, nachdem er seiner Entrüstung über die Unsittlichkeit des Gemäldes Ausdruck gegeben. Sein Hofstaat, mit dessen Sittenstrenge es in der Praxis wirklich nicht weit her war,

Kain und Abel in arisch

Der böse Bruder Schückergruber.

Es ist bekannt, daß Adolf Hitler ursprünglich Adolf Schückergruber geheißt hat. Es hängt das mit der doppelten Verhehlung seiner Mutter zusammen. In die Geschichte als unsterblich war bisher (auf seine Weise) nur der erstere Name eingegangen. Aber dem letzteren mit dem etwas gemüthlicheren Klang ist jetzt dasselbe gewährt worden!

Herr Adolf Hitler hat nämlich als »Führer und Reichskanzler« kürzlich dem ehemaligen Kommandanten der Saarpolizei, dem englischen Major Hennessy, die schwere Menge vorgejammert, wie Oesterreich, seine Heimat, so rachsüchtig sei, daß man dort seine sämtlichen Verwandten im Kerker des faschistischen Staates schmachten ließe. Das hat nun den gewaltigen Zorn des derzeitigen Wiener Regierungsblattes, der frommen »Reichspost«, erregt. Sie hat in Sachen der Verwandtschaft Hitlers die Polizeilisten des Herrn Fey bemüht und so — mit amtlicher Unbeweiselbarkeit — festgestellt:

Gewiß habe ein echter Vetter des deutschen Herrn »Führers und Reichskanzlers«, ein Mann namens Anton Schmied, kürzlich wegen verbotenen Waffenbesitzes eine Arreststrafe von sechs Wochen zudiktirt erhalten. Dahingegen sei »einer der nächsten Verwandten Adolf Hitlers«, Herr Johann Schückergruber, »aktiv an der Niederwerfung des nationalsozialistischen Putsches vom 25. Juli beteiligt gewesen...«

Johann Schückergruber, das ist der leibhaftige Bruder Adolfs, nur, daß er den nicht ganz so romantischen Namen noch seines Erzeugers trägt. Brüder pflegen sich mit einander auszukennen. Johann wird also gewußt haben, warum er sich so tatkräftig und lobenswert gegen jede Hitlererei zur Wehr gesetzt hat. Und so registriert der Chronist wieder einmal: Es geht mit dem Ruhm des deutschen »Führers« ähnlich wie mit dem Wert einer Vorstellung im Kientopp, den der Oesaf ja so liebt — man darf sich nicht zu nahe heransetzen!

Die vaterlandslosen Gesellen

Wir lesen in dem berühmten Werk des großen liberalen Schweizer Kulturhistorikers Jakob Burckhardt »Die Kultur der Renaissance in Italien«:

»Vollends aber hat die Verbannung, die etwas so Häufiges war, daß man förmlich zwei Klassen der Bewohner, die augenblicklich in der Stadt Wellenden und die zeitweilig Verbannten, unterschied, die Eigenschaft, daß sie den Menschen entweder aufreißt oder auf das Höchste ausbildet. Petrarca betrachtet die Verbannung gerade als eine Ehre... Der Kosmopolitismus, der sich in den geistvollsten Verbannten entwickelt, ist eine höchste Stufe des Individualismus. Dante findet eine neue Heimat, in der Bildung und Sprache Italiens, geht aber doch auch darüber hinaus mit den Worten: »Meine Heimat ist die Welt überhaupt!« — Und als man ihm die Rückkehr nach Florenz unter unwürdigen Bedingungen anbot, schrieb er zurück: »Kann ich nicht das Licht der Sonne und der Gestirne überall schauen? Nicht den edelsten Wahrheiten überall nachsinnen, ohne deshalb

rauschte in moralischer Empörung hinterdrein.

Das anstößige Bild stellte eine Gruppe von Menachen dar, die bei einem Picknick im Walde saßen. Zwei Männer, an ihren seltsamen, immerhin vollständigen Kostümen als Künstler kenntlich, unterhielten sich angeregt miteinander, eine Frau saß daneben und hörte zu, aber — oh Schande! — war nackt, da sie soeben, wie eine Gefährtin im Hintergrund, gebadet hatte.

Der Kaiser hätte zwar nur nach dem Louvre hinüberzugehen brauchen, um auf klassischen Gemälden, die aber zur Zeit ihrer Entstehung sicher auch »modern« gewesen waren, Mengen nackter Frauen zu sehn. Aber an solche Vergleiche dachte niemand. Man schrieb Zeter über den unsittlichen Maler, — in Wahrheit freilich nicht wegen der nackten Frau, sondern weil er als kühner Neuerer seine Gestalten nicht im Atelier modelliert und dann in die Landschaft gesetzt, sondern tatsächlich im Freilicht — en plein air — gemalt und damit alle akademischen Traditionen über Bord geworfen hatte.

Zwei Jahre darauf gab es bei einem neuen Bild des gleichen Malers einen ähnlichen Skandal: Das Publikum ging mit Stöcken und Schirmen auf die nackte Frauengestalt los, die in dezenter Weise auf einem weißüberzogenen Ruhebett lag, mit einer Negerin und einer schwarzen Katze als Kontrastumgebung.

Zum Glück schrieb man erst 1865. Das »liberalistische« Zeitalter flürzte sogar auf seine Tyrannen ab. Napoleon kam nicht einmal der Gedanke, die anstößigen Bilder vernichten zu lassen. Ganz Frankreich hätte die Partei des Malers ergriffen.

Der Fall Höfeld - ein Justizmord!

Vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. M. lief während einer ganzen Woche ein Prozeß gegen den früheren Eisenbahnrangierer Wilhelm Höfeld und seine Frau Mina, beide angeklagt, ihre vierzehnjährige Tochter Hildegard nach unmenschlichen Mißhandlungen zum Selbstmord gezwungen zu haben; nur durch einen glücklichen Zufall wurde das Mädchen den eisigen Fluten des Mains entrissen, in die das Machtgebot ihres Vaters sie zu springen ließ.

Zur Verhandlung erschien der Angeklagte in einer alten Militäruniform, stand in strammer Haltung vor seinen Richtern und antwortete auf die Fragen in schneidigem, um nicht zu sagen in zackigem Ton. Die Vernehmung ergab, daß er in jungen Jahren von einer vermögenden Engländerin als Gigolo ausgehalten worden war und später wegen übler Geschichten aus dem Eisenbahndienst ausscheiden mußte. Witwer geworden, heiratete er 1917 die jetzige Frau. Die »Bilder aus dem deutschen Familienleben«, die sich dann entrollten, überrufen bei weitem alles, was der grausame Stiefvater Th. Th. Heine auf Papier geworfen hat. Das Leben in der Ehe wurde der Frau vom ersten Tag an zur Hölle. Fast täglich mißhandelte Höfeld sie mit der Reitpeitsche. Er zwang sie, stramm zu stehen, wenn er mit ihr sprach, und verurteilte sie, wenn sie seinem Befehl nicht sofort nachkam, zu militärischen Strafen, Stubenarrest, strengem Arrest oder Gefängnis, die sie entweder auf dem Abort oder dem Speicher zu verbüßen hatte. Als sie das erste Kind unter dem Herzen trug, nötigte er sie mehr als einmal, nur mit einem Hemd bekleidet und ohne Decke auf dem nackten Fußboden zu schlafen. Zuweilen mußte die Arme auch stundenlang stramm stehen, und er legte sich zu Bett, indem er sie scharf beobachtete. Sobald sie sich

bewegte, sprang er auf und schlug sie halb tot. Außerdem entzog er ihr gelegentlich die Nahrung und schloß sie ein, um sie zu hindern, auszugehen und sich Essen zu kaufen.

Nach der Geburt zweier Mädchen ging es erst recht so weiter, denn sie wurden ähnlicher Zucht, in die anscheinend auch Unzucht hineinspielte, unterworfen. Es hagelte bei jeder Gelegenheit Prügel, und auch die Arrest- und Gefängnisstrafen kamen in Anwendung. Aber die Furcht, in der sie aufwuchs, hinderte die Kinder gegen ihren Vater Klage zu führen, und auch die Mutter wagte es nicht. Während der gemeinsamen Spaziergänge befahl Höfeld die Familie, kommandierte von Zeit zu Zeit: Halt! und Rührt euch! Wehe, wenn es nicht klappte! Sofort wurde Kehrt gemacht, heimmarschiert, und zu Hause ging ein Gewitter von militärischen Strafen über die »Verbrecher« nieder. Hildegard insbesondere mußte sich wegen geringfügiger Vergehen ganz entkleiden und niederknien, und wurde dann mit einer Peitsche so lange geschlagen, bis sie bewußtlos liegen blieb. Und eines Tages erklärte der Vater: »Für Hildegard ist es jetzt Zeit, aus dem Leben zu gehen, zwang sie, einen Abschiedsbrief zu schreiben, damit der Selbstmord offenbar würde, und führte sie zur Mainbrücke, von der sie in den Fluß springen mußte!

Gegen diesen Mann und seine Ehefrau warf das Gericht je fünfzehn Jahre Zuchthaus aus.

Und ist das etwa kein schmählicher Justizmord?

Wieso Zuchthaus? Und wieso überhaupt Strafe? Besäße Höfeld klassische Bildung, dürfte er seinen Richtern zurufen: »Statt das ihr mir den Giftbecher reicht, müßte ich auf dem Prytanion gespeist werden.« Denn niemand hat besser als dieser strammstehende und andere zum Strammstehn zwingende

Untertan des »Dritten Reichs« begriffen, daß die Substanz der Hakenkreuz-Herrschaft aus dem Herrenwahn verrückt gewordener Kleinbürger, aus Sadismus und Kommisungelst schauerlich gemischt ist. Da ist das »Führerprinzip« bis in seine letzten Konsequenzen getrieben: Hitler im Staat, Höfeld im Hause! Da ist der Begriff der familienväterlichen Autorität, wie sie das Nazi-Idol, Friedrich Wilhelm I. von Preußen, praktizierte: tyrannisch, despotisch und barbarisch zuschlagend! Da ist die Militarisation des weiblichen Nachwuchses, wie sie der BDM betreibt! Da ist die »Ertüchtigung« zu »heldischer« Gesinnung, die in den gemeinsamen Ausmärschen wie den Mißhandlungen zum Ausdruck kommt! Da sind die Foltermethoden, wie sie in den Konzentrationslagern zur höheren Ehre Braun-Deutschlands an wehrlosen Gefangenen angewendet werden! Da ist die Anmaßung des Richteramtes über Tod und Leben: Hitler am 30. Juni gegen einige hundert Mißliebige, Höfeld am 5. Dezember gegen die eigene Tochter! Und da ist endlich die feige Maskierung eines kaltblütigen Mordes als Selbstmord, für die das Vorbild gleichfalls aus den Marterkammern des »Dritten Reichs« stammt!

Wahrlich, nur Richter von verwerflicher »liberalistischer« Gesinnung, die allerdings in der »Judenstadt« Frankfurt a. M. nicht aufpassen, konnten diesen Wackeren für so »artrechtes Handeln« ins Zuchthaus schicken, statt ihn unter Absingung des Horst-Wessel-Liedes zum Ehren-Nazi à la suite des »Columbla-Hauses« auszurufen. Aber der edle »Führer«, der auch die vertierten Mörder von Potempa aus Kerker und Banden befreit und als »Kameraden« an seine Brust gedrückt hat, wird wissen, was er im Fall Höfeld zu tun hat. Marabu.

ruhlos, ja schmähvoll vor dem Volk und der Stadt zu erscheinen!« Uebrigens ist der Kosmopolitismus ein Zeichen jeder Bildungsperiode, da man neue Welten entdeckt und sich in der alten nicht mehr heimisch fühlt. Er tritt bei den Griechen sehr deutlich hervor nach dem peloponnesischen Kriege; Platon war, wie Niebuhr sagt, kein guter Bürger und Xenophon ein schlechter; Diogenes proklamierte vollends die Heimatlosigkeit als ein wahres Vergnügen und nannte sich selber einen Stadtlosen. . . .

Da Hitler, den Spuren Wilhelm II. folgend, anderer Meinung ist und bekanntlich immer recht hat, bleibt der gegenwärtigen deutschen Emigration nichts anderes übrig, als im geistigen Bunde mit Petrarca, Dante, Platon, Xenophon und Diogenes im Irrtum zu verharren.

Undankbare Frauen

Eine Anzahl nationalsozialistische Frauen, Sophie Rogge-Boerner, Irmgard Reichenau, Dr. Mathilde Keicher u. a. sind unter die Meckerer gegangen. Sie führen in ihrer nationalsozialistischen Frauenzeitschrift erbit-

terte Beschwerde, daß jetzt in Deutschland ein reines Männerregiment aufgerichtet wird, daß die Frauen aus allen leitenden Stellen verdrängt, völlig an die Wand gedrückt werden.

Wir finden die braunen Ladys reichlich undankbar. Eben erst hat Hitler in seiner überströmenden Herzensgüte den Frauen die äußerste Gleichberechtigung verschafft, eine Gleichberechtigung, um die sie die Weimarer Republik in vierzehn Schmachjahren glatt betrogen hat, — er hat der Frau das Recht verschafft, gleich dem Manne auf dem Block hingerichtet zu werden. Und damit seid ihr ehr- und artvergessenen Weiber immer noch nicht zufrieden? M.

Nicht gleichberechtigt

»Die Vermutung spricht stets gegen die Gleichberechtigung der Juden.« Oder: die Gleichberechtigung muß durch Gesetz ausdrücklich begründet sein; nicht aber bedarf es des Gesetzes, um die Gleichberechtigung

der deutschen Juden auszuschließen.

Aus »Jugend und Recht«, Organ der nationalsozialistischen Jungjuristen.

Eine symbolische Geschichte

Die spanische Inquisition hatte in den ultraroten Strahlen einen wichtigen Gegenspieler gefunden. Wir lesen darüber:

Als strenge Zensoren haben im 16. Jahrhundert die spanischen Inquisitoren in Büchern, deren Inhalt ihnen nicht genehm war, große Stellen durch darübergemalte Farbe unleserlich machen lassen. Durch die ultraroten Strahlen wurden aber die gestrichenen Stücke wieder vollkommen leserlich. Die Farbe, mit der die beanstandeten Sätze überstrichen wurden, besteht aus organischen Bestandteilen durch welche die ultraroten Strahlen hindurchdringen. Die Druckschwärze jedoch enthält Ruß, der dem ultraroten Licht den Durchgang verwehrt.

Herr Göring, Herr Göbbels, auch ihre Scheiterhaufen werden sich nochmals als vergeblich herausstellen.

Aidas Aufnordnung

»Mit Recht wurde allgemein die Aufführung der Oper »Aida« anerkannt. Schließlich ist ja diese Oper in ihren heldischen Gedanken durchaus geeignet, dem deutschen Menschen wirklich etwas zu geben. Vielfach haben sich aber die Theaterbesucher den Kopf darüber zerbrochen, weshalb man die Aida und ihren Vater regelrecht auf Neger mit möglichst dunkler Haut und Wollhaar aufmachen mußte. Hätte nicht im Gegenteil der deutschen Empfindung Rechnung getragen und nordische heldische Menschen auf die Bühne gestellt werden müssen? . . .

Aus dem Berliner Theater-Tageblatt.

Man nenne die Aida Thusnelda, peppe ihrem Vater eine Hitlerlocke auf und gebe Vater und Tochter eine Hautfarbe, so weiß, wie die Unschuld Görings (am Reichstagsbrand) und die Vernordung Aidas wäre geschafft!

Adolf als Spielzeug

Die »Braunschweiger Landeszeitung« erzählt:

»Ein Nürnberger Spielzeugfabrikant hat die Erlaubnis erhalten, den Mercedeswagen des Führers als Kinderspielzeug nachzubilden. Da fehlt aber auch tatsächlich nichts... Das Schönste aber ist, daß es auch eine Figur des Führers gibt, an der man sogar den rechten Arm zum Gruß bewegen kann.

Auch von Ministerpräsidenten Göring ist eine solche vorhanden, und außer dem Führer gibt es auch noch SS-Männer, so daß also alles richtig ist...«

Hitler als Kinderspielzeug — wäre er es doch nur immer geblieben!

Es bedurfte erst eines durch und durch gelistesfeindlichen Staatswesens wie des Dritten Reiches, damit im erleuchteten Jahre 1935 durch die Gestapo 63 Bilder der besten modernen deutschen Maler beschlagnahmt und vernichtet wurden. Alles, was das zentrale Lügeninstitut, Propagandaministerium genannt, zur Diffamierung der zerstörten Kunstwerke anführt, hätte natürlich Napoleon auch geltend gemacht: »Kunstbolschewistische Darstellungen von ausgesprochen pornographischem Charakter schamlose, das gesunde Sittlichkeitsempfinden tiefverletzende Machwerke Mißbrauch des Begriffs der Kunst Bilder, die nur durch gerissene Händlermache einen Scheinwert erhalten usw. usw.

Napoleon — welche Charakterisierung der braunen Machthaber liegt in der Feststellung! — hat die Bilder, obschon er sie nicht begriff, am Leben gelassen, und so kommt es so kommt es, daß Manets »Déjeuner sur l'herbe« und »Olympia« heute die Glanzstücke der modernen Abteilung des Louvre sind.

Der deutsche Kulturrückschritt bemißt sich nach Jahrhunderten! M.

Didterischer Nachwuchs

Wenn man erfahren will, was für Talente heute dem deutschen Volk als Dichternachwuchs empfohlen werden, so muß man gelegentlich die »Proben aus neuen Büchern« in den führenden braunen Literaturzeitschriften lesen. Zu diesen führenden gehört z. B. Will Vespers »Neue Literatur«. Sie veröffentlicht in ihrer letzten Nummer literarische Ergüsse eines — offenbar jungen — Reimschmiedes

namens Herbert Böhme (rein arischer Abstammung, politisch durchaus zuverlässig). Im allgemeinen sehen die epochemachenden Strophen so aus:

Fülle ganz mit deiner Kraft
über Nacht das Blut.
Pflug und Schwert und Leidenachhaft,
Gott sei ihnen gut.

Oder so:

Hurtig ihre Rosse, es knallt
der Peitsche launiger Bogen
und in den Rädern dröhnt
schon die bezwungene Zeit.

Das kommt einem alles, Schiller und Goethe sei's geklagt, etwas bekannt vor. Aber Herbert kann auch modern, und dann wird's prachtvoll:

Der Führer

Eine Trommel geht in Deutschland um
und der sie schlägt, der führt,
und die ihm folgen, folgen stumm,
sie sind von ihm gekürt.

Sie schworen ihm den Fahnen schwur,
Gefolgshaft und Gerich,
er wirbelt ihres Schicksals Spur
mit ehernem Gesicht.

Er schreitet hart der Sonne zu
mit angespannter Kraft.
Seine Trommel, Deutschland, das bist du!
Volk, werde Leidenschaft!

Wie man Spuren mit ehernem Gesichte
wirbelt, wissen wir zwar nicht, aber das auf Deutschland — und auf den deutschen Lesern — hinlänglich herumgetrommelt wird, stimmt.

Auch früher reimten deutsche Gymnasialisten und geistig Gleichaltrige im Frühling, aber ihre »Werke« wurden weder verlegt, noch von ernst sein wollenden Zeitschriften zitiert. Jetzt verbrennt man Heinrich Heine und drückt Herbert Böhme. (In Leinen 2.80 RM.) »Die Trommel Deutschland, das bist du!«

Ley's Programmrede vom gerechten Lohn

Treuhänder stellen überall untertarifliche Bezahlung fest

Der dritte Lehrgang der vom Propagandamt der Deutschen Arbeitsfront aufgestellten »Rednerkompagnie« und »Rednerbataillone« schloß am 23. Februar in Leipzig mit einer programmatischen Rede von Ley. Er hielt, wie die Presse der Arbeitsfront berichtet, »eine gründliche Abrechnung mit dem kollektivistischen Denken der Vergangenheit«. Ley beklagte, daß die Massen tagtäglich noch in diesem Kollektivismus denken und handeln.

»Wir sind diesem kollektiven, von diesem massenwürdigen Denken noch nicht frei.« Und er beschwor seine geduldig zuhörenden Rednerbataillone:

»Wenn dem aber so ist, dann dürfen wir in der Arbeitsfront niemals dulden, daß Verbände vorhanden waren, die Menschen zusammenfaßten, um die Interessen dieser Menschen zu verteidigen.«

Die Tarifpolitik der früheren Gewerkschaften ist für Ley »wahnwitzig« gewesen und er redete über die Frage, wie finde ich einen gerechten Lohn.

»Entlohnung ist für uns jetzt nicht mehr der Begriff »bezahlte«, sondern die Anerkennung für die Leistung des Menschen.«

Die Anerkennung des Leistungslohnes wird dann mit den üblichen Phrasen erläutert, wie: Der Mensch hat an seiner Arbeit Freude, der Mensch hat seinen Arbeitsplatz und nicht nur einen Arbeitsplatz, Gedanke der Gemeinschaft, Gemeinschaft und Kameradschaft, Auslese der Menschen für die Arbeit, Menschenführung und soziale Ehre. Aus all diesen Redensarten hat zwar kein Arbeiter erfahren können, wie nun Ley die Frage nach dem gerechten Lohn beantwortet, aber dafür tröstete ihn der Instruktor der Arbeitsfront, daß alle Arbeit einen gemeinsamen sittlichen Nenner habe.

»Dieser Nenner kommt nicht aus der sozialen Schichtung, sondern kommt allein aus der gemeinsamen Rasse und dem gemeinsamen Blut und heißt Disziplin.«

Während sich so der Ley abmühte, seine Lohntrüben im Geiste der »Betriebs- und Volksgemeinschaft« loszulassen, waren die Treuhänder der einzelnen Wirtschaftsgebiete bereits genötigt, scharf gehaltene Erlässe gegen die »Kameraden Betriebsführer« herauszubringen, die nach der Abschaffung des kollektivistischen Denkens noch nicht einmal bereit sind, die neuen sogenannten Tarifordnungen innezuhalten. So erklärt der Treuhänder für das Wirtschaftsgebiet Nordmark, Dr. Derlien, Hamburg, daß die Unternehmer die Bedeutung einer Tarifordnung immer noch nicht erkannt hätten.

»Dies bedeutet, daß die Tarifordnungen nicht erlassen worden sind, um geschäftstüchtigen Betriebsführern und findigen Betriebsyndikern Gelegenheit zu geben, sich klassenkämpferisch zu betätigen. Kaum ist eine Tarifordnung erlassen, so wird sie... daraufhin durchsucht, was dabei auf Kosten der Gefolgschaft herauszuschlagen ist.«

Und während der Ley in seiner Programmrede versichert, daß 99 Prozent des Volkes den gemeinsamen sittlichen Nenner der Arbeit bereits gefunden hätten, versichert der Hamburger Treuhänder, daß die Mißachtung der Tarifordnungen durch die Unternehmer nicht scharf genug gebrandmarkt werden könne. Die Tarifordnungen seien nur Mindestbedingungen und die Unternehmer müßten darüber nachdenken, wie zur Erfüllung des Leistungsprinzips bessere Arbeitsbedingungen möglich wären, als sie in der Tarifordnung vorgesehen sind.

»Wenn es in einer Tarifordnung heißt, daß Angestellte die ersten 20 Ueberstunden ohne Bezahlung leisten, so ist dies eine auf die schwächsten Betriebe abgestellte Mindestregelung.«

Der Treuhänder, der der Praxis des Arbeitslebens näher steht als der Ley, stellt in seinem Erlaß fest, daß die Tarifordnungen die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der niedrigsten Stufe nivelliert haben und die Erfüllung des sogenannten Leistungsprinzips ausgeblieben ist. Wenn also Ley in der Illusion lebt, daß ein kapitalistischer Unternehmer »sein Glück nicht auf den Trümmern des Glücks seines Nachbarn (des Arbeiters) aufbauen will«, so mag er sich von seinen Treuhändern darüber belehren lassen, daß im Dritten Reiche das Unglück der arbeitenden Menschen zum Glück der Betriebsführer wird.

Im Augenblick der großen Leipziger Kundgebung des Ley wendet sich auch der Treuhänder für Westfalen mit einem Erlaß gegen die zahlreichen Tarifunterschreitungen in seinem Wirtschaftsgebiet. Einen ähnlichen

Aufruf erläßt gleichzeitig der Treuhänder für das Wirtschaftsgebiet Hessen.

Eine weitere Meldung, die fast durch die ganze Presse der Arbeitsfront geht, berichtet von den Betrugsversuchen, die an den Heimarbeitern vorgenommen werden. Die Treuhänder haben festgestellt, daß die Unternehmer von ihren Heimarbeitern Empfangsbestätigungen über Entgelt-Nachzahlungen herauspressen, die diese gar nicht oder nicht in der bestätigten Höhe erhalten haben. Die Heimarbeiter wurden zunächst untertarifmäßig bezahlt und nachträglich wurde ein Eingreifen der Treuhänder durch die erpreßten unrichtigen Empfangsbescheinigungen vereitelt. Dieser Betrug an den Heimarbeitern zeigt besonders deutlich, wie die Volksgemeinschaft »Deutschlands ärmsten Söhnen« ihre Treue vergolten hat.

Ley verurteilt die SPD, denn sie »organi-

sierte die Interessengegensätze und den Eigennutz der einzelnen Menschen«. Er schwindelt:

»Es ist erreicht worden, daß die Menschen den Blick von den Dividenden, dem Profit und den Zahlen abwenden und zu den Menschen, die sie zu betreuen haben, hinlenken.«

Der Satz ist aber noch nicht ausgesprochen, da verkünden seine Treuhänder, daß die Unternehmer-Menschen ihre Gefolgschaften um des Profits willen um die kärglichen Löhne aus der Tarifordnung zu bringen wissen. Ley zitiert in Leipzig das Wort eines unbekanntenen Ausländers, der gesagt haben soll:

»Ich sehe ein, daß Deutschland das einzige Land ist, wo der Sozialismus tatsächlich einen Triumph über den Kapitalismus davongetragen hat.«

Seine Treuhänder aber müssen berichten, daß die kapitalistische Ausbeutung Triumphe feiert!

Hundepeitsche gegen Nazibowzen

Endlich die richtige Methode

»Die Vorfälle im Berliner Zentralhaus der Deutschen Arbeitsfront am 24. Januar, bei denen es zu Ausschreitungen gegen einen Abteilungsleiter wegen provozierender Äußerungen gekommen ist, dürfen keinesfalls als eine »Meuterei« bezeichnet werden; möglichst nur untergeordnete, lokale Bedeutung betonen.«

»... wird lediglich zur Kenntnisnahme (!) mitgeteilt, daß sich ca. 1300 Betriebsangestellte der Deutschen Arbeitsfront durch die notwendige (!) Anordnung eines Abteilungsleiters provoziert fühlten und durch einige Hetzer (!) dazu verleitet ließen. Disziplinwidrigkeiten zu begehen. Es haben die gewöhnlichen (!) polizeilichen Maßnahmen genügt, um den Arbeitsfrieden wieder herzustellen. Die deutsche Presse braucht sich mit diesem unerheblichen (!) Vorkommnis nicht weiter zu beschäftigen.«

(Aus den Geheiminstruktionen des Propagandaministeriums vom Ende Januar und Anfang Februar.)

Diesen beiden Meldungen liegen folgende interessante Vorgänge zugrunde, die sich im Zentralgebäude der Deutschen Arbeitsfront in Berlin am Engelufer (d. i. das Haus des ehemaligen Gesamtverbandes) abgespielt haben.

Das gesamte Unterstützungswesen der zerstörten Gewerkschaften wurde von der DAF am 1. Oktober 1934 unsinnig zentralisiert. Unterstützungen werden seit dieser Zeit, wenn überhaupt, nur noch gezahlt, wenn die Berliner Zentrale des »Amtes für Selbsthilfe« nach Prüfung der Berichte der örtlichen Stellen der DAF den Antragsteller für »bedürftig« hält. Selbstverständlich ist eine derartige Zentralisierung praktisch undurchführbar. Die Berliner Zentrale entscheidet vom grünen Tisch aus über Millionen von Fällen und über Verhältnisse, die sie in keiner Weise überschauen kann, da die meisten Antragsteller außerhalb Berlins wohnen. Trotzdem das »Amt für Selbsthilfe« allein in der Zentrale, dem sogenannten Haus der »Kameradschaft der Tat«, über 800 Personen beschäftigt, ist die Erledigung der laufenden Anträge auf Unterstützung außerordentlich schleppend. Für jedes Mitglied der Arbeitsfront muß eine besondere Kartothekarte angelegt werden.

Am 1. Februar 1935 lagen fast 120.000 unerledigte Anträge auf Unterstützung vor,

die zum Teil schon seit September 1934 eingereicht waren. Die Beschwerdebriefe häuften sich zu Bergen. Die lokalen Funktionäre der DAF mahnten immer ungestümer. Schließlich konnte sich die Leitung der DAF dieser Quelle dauernder Unzufriedenheit nicht mehr schließen. Sie mußte etwas tun und sie — inspiizierte.

Bankdirektor Müller, nicht nur Leiter der Arbeiterbank, sondern auch der Konsumgenossenschaften und aller übrigen wirtschaftlichen Unternehmungen der DAF, erklärte der Inspektion mit Nazi-dünkel, daß sein Zentralisationssystem

über jeden Tadel erhaben sei. Sein Stellvertreter, Dr. Reiners, der eigentliche Abteilungsleiter, schob selbstverständlich die Schuld auf die Angestellten.

Sie seien »faul und unfähig, man müsse mit der Hundepeitsche dreinschlagen.«

Dann klappte alles. Hochbefriedigt zog die Kommission von dannen. Die kleinen Angestellten hatten seit Wochen unbezahlte Ueberstunden leisten müssen. Ihre Gehälter wurden abgebaut, während die Amtsleitung nach wie vor ihre hohen Bezüge einstrich. Die Drohung mit der Hundepeitsche brachte das Faß zum Ueberlaufen. Die Erregung erfaßte auch 600 Angestellte der DAF, die im gleichen Hause arbeiten. Als nach der Inspektion, dem 24. Januar, der Abteilungsleiter Dr. Reiners und sein Stellvertreter Wittmann im Büro erschienen, lag auf ihrem Schreibtisch eine Hundepeitsche. Wutentbrannte Angestellte, alle seit Jahren Mitglied der NSDAP, der SA oder gar der SS, forderten die nationalsozialistischen »Betriebsführer« auf, Mut zu beweisen und ihre Drohung in die Tat umzusetzen. Erschreckt stammelten die Amtsleiter einige Entschuldigungen. Aber die empörten Angestellten ließen sie nicht gelten.

Die »Betriebsführer« Dr. Reiners und Wittmann wurden von der »Gefolgschaft« nach allen Regeln der Kunst mit der Hundepeitsche verdroschen.

Dem Pg. Wittmann wurden, »damit er nicht immer so bisig sei«, gleich noch einige Zähne ausgeschlagen. Beide wurden so übel zugerichtet, daß sie noch in der dritten Februarwoche im Staatskrankenhaus in der Scharnhorststraße lagen, und zwar zunächst in »Schutzhaft«. Den kleinen Angestellten aber hat die bewaffnete SS die Grundsätze nationalsozialistischer Volksgemeinschaft beigebracht. Die Behörden billigten die Provokation des Abteilungsleiters, und zum 1. März ist der gesamte Belegschaft gekündigt worden.

Man kann verstehen, daß den Nazis diese Vorgänge so unangenehm sind, daß Herr Göbbels seinen ganzen Propagandaapparat aufbietet, um die Wahrheit über die Vorgänge am 24. Januar in der DAF zu verschleiern. Aber die Hundepeitsche als Wahrzeichen für die DAF ist in jeder Beziehung so symbolisch, daß ihre Propagandawirkung alle Schranken Göbbelsscher Lüge durchbricht.

Gegen die Störung des Familienlebens

Nach der Weimarer Verfassung wurde die Ehe als Grundlage des Familienlebens und damit der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter den besonderen Schutz der Verfassung gestellt.

Im Dritten Reich scheint dieses Familienleben außerordentlich gelitten zu haben. Das wird einmal dadurch bewiesen, daß die Geburtenziffer ständig im Sinken begriffen ist, trotz strengster Verfolgung aller Indikationen, und vor allem dadurch, daß der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, eine Anordnung herausgegeben hat, die sich gegen die Störung des Familienlebens wendet.

Zwar werden für diese Störungen der zu

häufige Dienst in den einzelnen Gliederungen der Partei angegeben, und man bewelrhüchert den Zerfall der Familie damit, daß man sagt, Mann, Frau und Kinder seien seit Jahren unermüdlich für die Durchsetzung der nationalsozialistischen Gedankengänge im ganzen Volke tätig. Aber aus den kommentierenden Absätzen ist klar erkennbar, welche wahren Gründe zu der Anordnung gegen die Störung des Familienlebens geführt haben. Da heißt es:

»Alle politischen Leiter und Unterführer der Partei müssen sich stets vor Augen halten, daß deutsche Frauen und Mütter allein schon dadurch Opfer für den Sieg des Nationalsozialismus und dadurch für unser ganzes Volk gebracht haben und auch fernerhin bringen, daß sie ihre Männer und Kinder immer wieder klaglos in den Kampf ziehen ließen und die manchmal milde werdenden immer wieder aufrichteten.«

Dann geht es vieldeutig weiter:

»Aus gesundem Familienleben erwachsen, sich stets ergänzend, deutschen Männern und Jünglingen die Kräfte zur Erfüllung der deutschen Aufgabe unter dem Banner des Führers.«

Damit in Zukunft jede unnötige Störung des Familienlebens verhindert wird, sollen nunmehr jeden Monat zwei dienstfreie Sonntage, zwei dienstfreie Wochentage dafür sorgen, daß, sich stets ergänzend, die Kräfte zur Erfüllung der deutschen Aufgabe auf der Basis eines gesunden Familienlebens erwachsen mögen. Diese Anordnung, die noch vielsagend in dem Organ des »Reichsvereins für Sippenforschung« veröffentlicht wurde, stellt nur eine Mindestforderung dar.

Tatü, tata! Der Führer braucht Soldaten!

Geistige Blütezeit

Aus dem Jahresbericht der Preussischen Staatsbibliothek geht hervor, daß die Benutzer und Besucherzahlen neuerdings um 23 Prozent zurückgegangen sind. Gegen 31.377 bestellte und benutzte Werke im Jahre 1933 stehen im vergangenen Jahre 1934 nur noch 19.331. (Also rund 62 Prozent weniger!) Wobei nicht zu vergessen ist, daß schon im Jahre 1933 — verglichen mit den Zeiten der Republik — ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen war.

Man sieht, die Mißachtung des Geistes hat so rasende Fortschritte gemacht, daß nächstens Zwangsleser aufgetrieben werden müssen, wenn die Lesesäle, die noch vor zwei Jahren überfüllt waren, nicht leer stehen sollen. Ein unerhörter Aufschwung!

Löffelt die eingebrockte Suppe aus!

»Die Gauführung des Winter-Hilfs-Werkes in Kurhessen überreicht am 13. Januar jeder Familie, die eine angemessene Eintopfspende gibt, einen Holzlöffel, der im Notstandsgebiet der Rhön von arbeitslosen Holzarbeitern hergestellt wurde.«

So eine Zeitungsmotiv.

Man munkelt, daß es an Löffeln gerade nicht gefehlt hat. Mit dem Essen sind weit schlimmere Probleme verbunden.

Immerhin, eine Suppe wurde allen eingebrockt. Dazu der Holzlöffel!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Sarggebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.